

VORAN

Inhalt

Frauen und Mädchen:
**Schluß mit der
Diskriminierung**
Seite 5
Entwicklungen in Osteuropa
**Rückkehr
zum Kapitalismus?**
Seite 8

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

Nr. 114 - Oktober 1989

80 Pfg. - Solidaritätspreis: 2,- DM

Verfolgt man die Propaganda der Regierung, kann man den Eindruck bekommen: die Jugendlichen heute können eigentlich nicht klagen. Die Zahl der Arbeitslosen auch unter Jugendlichen ist zurückgegangen. Waren 1983 noch ca. 10% der Jugendlichen ohne Arbeit, so sind es heute „nur“ noch 4%. Auch die Zahl der Ausbildungsplätze ist so angestiegen, daß in einzelnen Branchen sogar Lehrlinge gesucht werden. Also: Alles in Butter? Mitnichten!

Schulstreß, Wohnungsnot, unsichere Zukunft

Alles in Butter?

Laut Kinderschutzbund haben in der BRD 1,3 Mio. Kinder arbeitslose Eltern. 400.000 Kinder und Jugendliche im Alter von 12 bis 15 Jahren leisten Kinderarbeit. Von den 90.000 Menschen ohne jeglichen Wohnsitz sind die Hälfte Jugendliche. Und das verwundert nicht bei den derzeitigen Mieten. Verdient ein Azubi doch im Durchschnitt 600-800 DM im Monat.

Bildungsnotstand

Die Entwicklung in den letzten Jahrzehnten hat dazu geführt, daß die Jugendlichen heute länger zur Schule gehen als früher, um höhere Abschlüsse zu erreichen und so ihre späteren Berufschancen zu verbessern. Und genau auf diesem Bildungssektor führte die CDU/CSU/FDP-Koalition große Angriffe, die die Mehrzahl der jungen Leute heute treffen. Die Zahl der Schüler und Studenten, die staatliche Unterstützung (Bafög) erhalten, hat sich in den letzten Jahren halbiert. Dies geschah nicht, weil die Eltern jetzt mehr verdienen, sondern weil sich die Bemessungsgrundlage geändert hat.

Gleichzeitig wurde die Lehrmittelfreiheit weitgehend aufgehoben. Dringend benötigte Lehrer wurden aus finanziellen Gründen nicht mehr eingestellt. Die Folge: Anstatt sich zu „verkleinern“ wurden die Klassen immer größer. Mit der „Abi-Deform“ wurde letztes Jahr der Streß für die Schüler noch weiter verschärft.

Das alles bleibt nicht ohne Folgen: Immer mehr Kinder nehmen entweder leistungssteigernde oder beruhigende Medikamente, um dem Druck in der Schule überhaupt noch standzuhalten. Die meisten dieser Mittel machen süchtig. Da braucht man sich dann auch nicht zu wundern, wenn viele Jugendliche später von Alkohol oder anderen Drogen abhängig werden.

Unternehmerregierung

Voriges Jahr gingen Schüler, Studenten und auch Lehrer auf die Straße, um gegen diese Verhältnisse zu protestieren. Sie konnten zwar einige geringfügige Verbesserungen erreichen, aber die Grundprobleme wurden nicht gelöst. Und das werden sie mit dieser Regierung auch nicht. Kohl und seine Riege sorgen dafür, daß die großen Unternehmer ihre Schäfchen

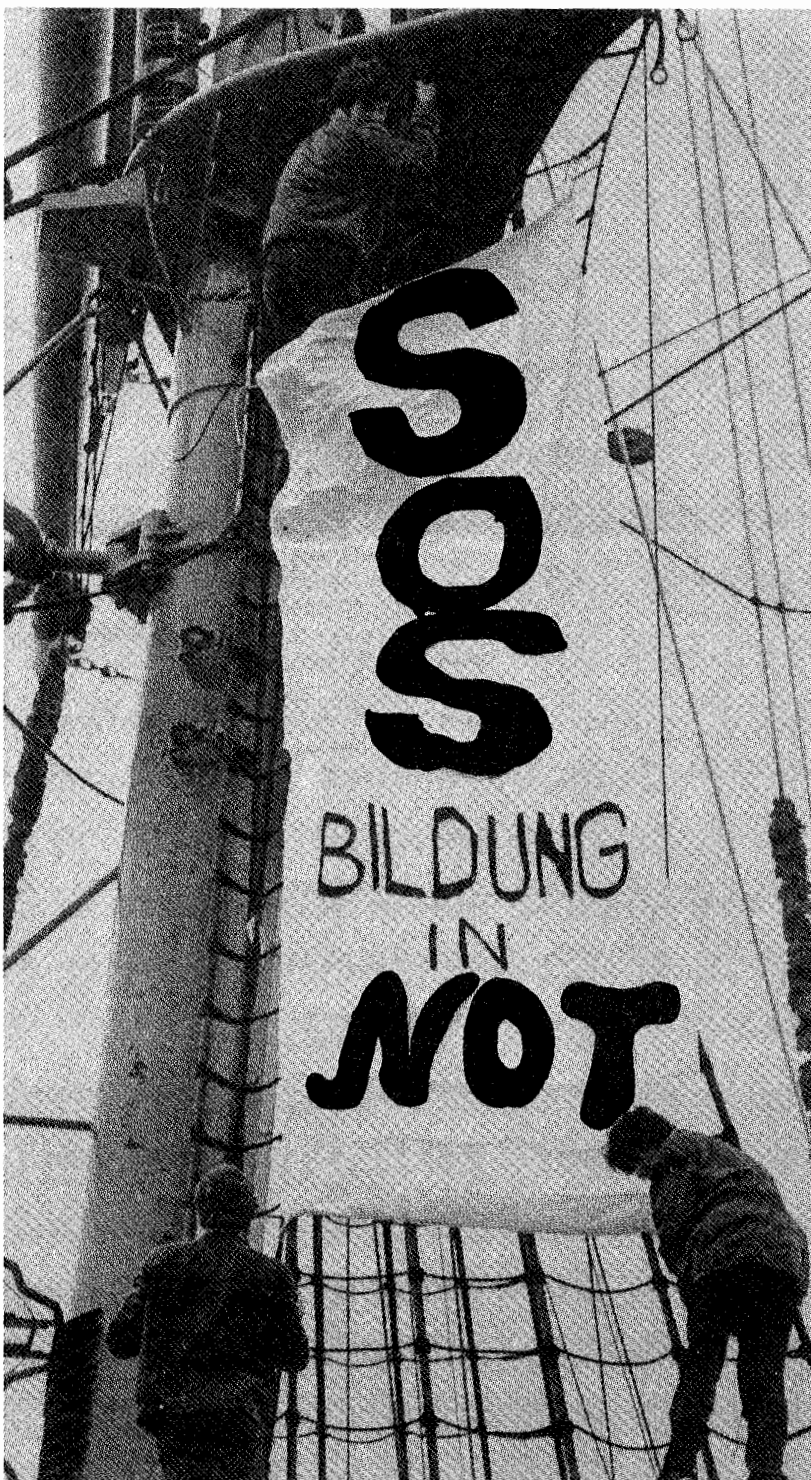
ins Trockene kriegen. Die Entscheidungen der Regierung berücksichtigten die Interessen der Rüstungskonzerne, der Atomlobby. Für die Mehrheit der Bevölkerung und der Jugendlichen bleibt es bei warmen Worten.

In unserem Interesse, aber auch im Interesse der zukünftigen Generationen müssen wir jetzt für eine andere Politik eintreten, eine Politik, die für ausreichend billigen Wohnraum sorgt, die jedem Kind eine von finan-

ziellen Sorgen und Leistungsdruck unbelastete Schulzeit ermöglicht, die allen Jugendlichen die Perspektive auf ein sinnvolles Leben eröffnet.

Eine derartige Politik ist nicht von einer Unternehmerregierung zu erwarten. Sie kann nur von einer SPD-Regierung mit einem sozialistischen Programm durchgesetzt werden. Dafür müssen wir kämpfen!

Barbara Kirschbaum, Köln
SPD-Mitglied



Am 7. Oktober feiert die DDR-Führung den 40. Jahrestag der Staatsgründung. Diese Feier findet auf einem anderen Hintergrund statt, als die Bürokratie es noch vor kurzem geplant hatte: Statt mitzujubeln, kehren tausende überwiegend junger DDR-Bürger ihrem Land den Rücken, und auch im Land selbst formiert sich die Opposition.

Spaltungstendenzen innerhalb der SED treten langsam an die Oberfläche. Bisher äußern vorwiegend von Intellektuellen angeführte Oppositionskreise ihre Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen. Aber schon jetzt gibt es auch Gruppen, die am Aufbau alternativer Gewerkschaftsstrukturen arbeiten. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, von Monaten vielleicht, bis sich die starke Arbeiterklasse der DDR in unabhängigen Kämpfen wieder zu Wort meldet und damit an die revolutionären, sozialistischen Traditionen des Aufstandes von 1953 und der Kämpfe vor und unmittelbar nach der Nazi-Diktatur anknüpft.

Siehe Artikel auf den Seiten 6 und 7.

Der Kommentar

Hoch-Skandal in Niedersachsen Arbeiterlohn für Funktionäre

Viele SPD-Mitglieder werden zähneknirschend und verärgert verfolgt haben, wie im niedersächsischen Landtag ein erneuter Versuch gescheitert ist, die CDU-FDP-Regierung des Ministerpräsidenten Albrecht noch vor dem regulären Wahltermin im nächsten Frühjahr zu Fall zu bringen. Die bürgerlichen Parteien CDU, FDP und Republikaner fürchten Neuwahlen. Obwohl die Europawahlen bundesweit für die SPD enttäuschend ausgingen, konnte sie in Niedersachsen mit 42% die CDU klar überrunden, die auf nur noch 35,9% kam. Berücksichtigt man die 8,2% Stimmenanteil für die Grünen, so wäre bei Fortsetzung dieses Trends in Niedersachsen eine Mehrheit gegen die jetzigen Koalitionsparteien und die Republikaner möglich. Laut jüngsten landesweiten Meinungsumfragen liegt die SPD im Land mit derzeit 47% um 13 Prozentpunkte vor der Albrecht-CDU.

Die Koalition hatte (zunächst) durch den Austritt des Beinahe-Republikaners Vajen aus der CDU-Landtagsfraktion ihre knappe Stimmenmehrheit verloren. Doch die niedersächsischen Republikaner, die bei der Europawahl noch unter 5% geblieben waren, sind derzeit in starken internen Querelen verhaftet und fühlen sich im Flächenstaat Niedersachsen noch nicht stark genug vertreten, um vorzeitige Landtagswahlen erfolgreich bestehen zu können.

Wolf im Schafspelz

Niedersachsen stand jahrzehntelang unter SPD-Führung. Doch 1976, zur Halbzeit der damaligen Legislaturperiode, scheiterte der SPD-Kandidat für die Nachfolge des aus Altersgründen ausscheidenden Ministerpräsidenten Kubel in geheimer Wahl: Vermutlich in der SPD-Fraktion stimmte damals mindestens ein Parlamentarier mit der CDU und ermöglichte dadurch die Wahl des CDU-Kandidaten Albrecht zum neuen Ministerpräsidenten. Inzwischen ist ein „CDU-Wolf im SPD-Schafspelz“ aufgetaucht, der schon 1976 für die SPD im Landtag saß – der Abgeordnete Oswald Hoch aus Gifhorn. Er war von 1970 bis 1986 Abgeordneter und hatte in der Wahl 1986 seinen Sitz nur knapp verfehlt. Als er jetzt, im September 1989, in den Landtag nachrückte, erklärte er, direkt nach der Mandatsübernahme, seinen Austritt aus der SPD. Seine Begründung: „Wichtige Gesetzesvorhaben dürfen nicht an der Pattsituation scheitern ...“

Der Austritt Hochs gerade zu diesem Zeitpunkt kommt nicht überraschend. 1986 wurde ihm von der Basis in seinem Unterbezirk Gifhorn-Wolfsburg vorgeworfen, eine Wahlkampfspende auf sein Privatkonto verbucht zu haben. Die Schiedskommission des Unterbezirks entzog ihm zunächst zeitweilig seine Mitgliederrechte, während die Bundesschiedskommission in letzter Instanz es bei einer Rüge beließ. Der SPD-Landesvorsitzende Gerhard Schröder legte noch im März 1989 für Hoch die Hand ins Feuer: „Oswald Hoch ist einer von uns. Er gehört dazu. Wenn einige Sozialdemokraten im Landkreis Gifhorn da anderer Meinung sein sollten, dann ist das deren Problem.“

Kein Einzelfall

Der Fall Oswald Hoch ist kein Einzelfall. Schon in den 70er Jahren gab es mehrere Parteiaustritte von Mandatsträgern am rechten SPD-Flügel, die ihre Basis im Wahlkreis verloren hatten und plötzlich in „Gewissenskonflikt“ gerieten. Der prominenteste von ihnen: Wirtschaftsprofessor und Ex-Minister Karl Schiller, der die Partei 1972 verließ und später als Wirtschaftsberater Oskar Lafontaines wieder in Erscheinung trat. Er wie viele andere benutzten die SPD als Sprungbrett für ihre persönliche Karriere. Ein Hoch kommt selten allein. Bei aller Empörung über den Einzelfall sollten wir die Frage stellen, wie wir ähnliche böse Überraschungen ausschließen und die stille Unterwanderung der SPD durch bürgerliche Karrieristen stoppen können.

Das Sein bestimmt das Bewußtsein. Wer die Interessen der arbeitenden Bevölkerung vertreten soll und das Mehrfache eines durchschnittlichen Facharbeiterlohnes verdient, wird sich auf Dauer selbst beim besten Willen abheben. Wer aus einer solchen Position besondere Privilegien und zusätzliche Alterssicherung schöpft, wird durch solche Mehreinnahmen oftmals noch anfälliger für Korruption und Selbstbereicherung. Die Parteibasis sollte allen Bewerbern um Mandate und Posten genau auf die Finger sehen und nur solche Bewerber in Amt und Mandat schicken, die sich verpflichten, alle über das Durchschnittseinkommen hinausgehenden Einkünfte an die Parteikasse bzw. für besondere Zwecke der Arbeiterbewegung abzuführen.

Dadurch könnte übrigens die Verschuldung der Partei rasch abgebaut werden, und ebenso könnten viele aus dem Lage der Nichtwähler, der Grünen oder Republikaner wieder für die SPD zurückgewonnen werden.

Wichtige Etappe

Der Kampf um Niedersachsen ist eine wichtige Etappe in dem Kampf um Bonn. Wenn die Bürgerlichen in Hannover abtreten müssen, dann hat die CDU/CSU im Bundesrat keine Mehrheit mehr. Daher muß die Kraft der SPD über Niedersachsen hinaus in den kommenden Landtagswahlkampf gesteckt werden. Jede Anbiederung führender SPD-Genossen an die CDU muß daher ab sofort eingestellt werden. Mit einem ehrgeizigen und kämpferischen Programm für Wohnungsbau, Arbeitsplätze und Umweltschutz könnte ein haushoher SPD-Sieg garantiert werden. Nicht eine Werbekampagne für einzelne Personen im Stil von Zigarettenindustrie oder Sparkasse, sondern energische und konsequente Lösungen der brennenden Fragen unseres Alltags können sicherstellen, daß die eigene Basis voller Begeisterung Wahlkampf betreibt und die unentschlossenen Wähler mitreißt.

Unter demokratischer Arbeiterkontrolle: Plan statt Chaos

Mit der Krise der Ostblockländer fühlen sich die Vertreter der „freien Marktwirtschaft“ voll bestätigt: Nur dieses Wirtschaftssystem mache die Menschen wohlhabend und glücklich und fördere den technischen Fortschritt.

Wenn das wirklich so wäre, könnte niemand etwas dagegen haben. Aber es ist nicht so.

Zwar befindet sich die Wirtschaft in den entwickelten kapitalistischen Ländern seit 1982 im Aufschwung. Aber dieser Aufschwung hat nicht dazu ausgereicht, den 30 Millionen Arbeitslosen in diesen Ländern eine Stelle zu verschaffen. In den „reichen“ Ländern erleben wir Pflegenotstand und Wohnungsnot; die Klimakatastrophe und fortschreitende Umweltzerstörung bedrohen die ganze Erde. In der „Dritten Welt“ wurde die Armut nicht beseitigt, in vielen Ländern

Der Kapitalismus hat seine fortschrittliche Rolle längst eingebüßt. Er ist nicht mehr in der Lage, die Produktivkräfte gesamtgesellschaftlich nutzbringend weiterzuentwickeln. Selbst in Aufschwungszeiten werden im Durchschnitt nur 80% der Kapazitäten genutzt. Das Profitsystem erzeugt eine ungleiche Verteilung der Einkommen und des gesellschaftlichen Reichtums, verschwendet menschliche Arbeitskraft und natürliche Ressourcen und verursacht periodische und un-

Arbeitszeitverkürzungen und zur Senkung der Arbeitsbelastung beitragen. Umweltschonende Produktionsmethoden könnten in allen Bereichen eingeführt und verbessert werden.

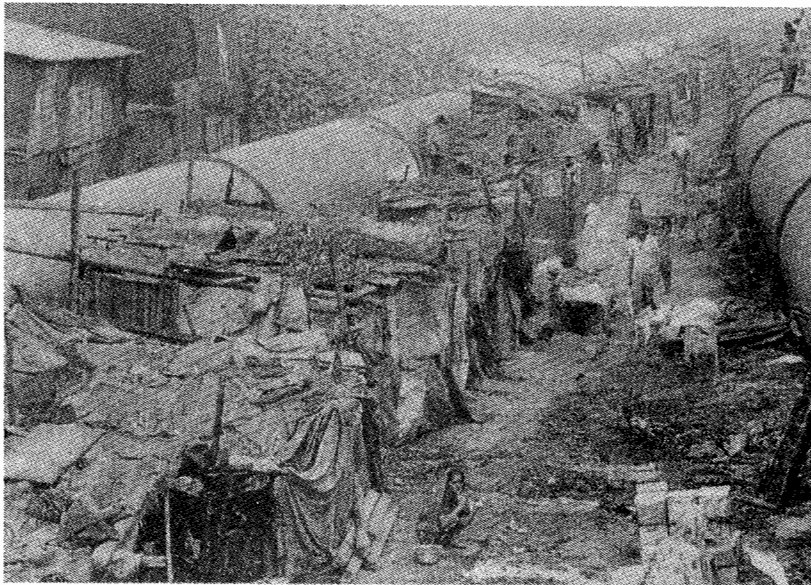
Aber ist denn eine Planwirtschaft überhaupt in der Lage, all das in ausreichender Menge zu produzieren, was wir brauchen? Aber sicher! Die Grundbedürfnisse wie Wohnen, Nahrung, Energie, Transport, Erziehung und medizinische Versorgung ändern sich nicht dramatisch von Tag zu Tag, nicht einmal von Jahr zu Jahr. Ebenso wenig ändern wir unseren Geschmack in Bezug auf Mode oder hinsichtlich der Autofarbe von Minute zu Minute. Sie können leicht errechnet und vorausschauend geplant werden.

Sogar in der kapitalistischen Marktwirtschaft ist es gerade deshalb möglich, den jährlichen Staatshaushalt zu planen. Die kapitalistische Marktforschung basiert eben auf dieser Grundlage. Die Erweiterung der modernen Informations- und Kommunikationssysteme wird in einer demokratischen Planwirtschaft ihren Teil dazu beitragen, die Verbraucherwünsche und -bedürfnisse schnell und flexibel in eine breite Produktpalette umzusetzen.

Demokratie

Heute schon wäre es in einer weltweit geplanten Wirtschaft möglich, die menschlichen Grundbedürfnisse nach Nahrung, Kleidung, einem Dach über dem Kopf etc. voll mit der entsprechenden Produktion abzudecken. Z.B. würde die Hälfte der jährlichen Agrarüberschüsse ausreichen, den Hunger in der „Dritten Welt“ für immer zu verbannen (würden sie nicht vernichtet). Im Kapitalismus hat die Masse der Bevölkerung keinen Einfluß darauf, welche Bedürfnisse zuerst abgedeckt werden sollen. Entscheidend ist allein das Profitinteresse der Unternehmer. Erst die demokratische Planung ermöglicht es der Arbeiterklasse wirklich darüber zu entscheiden, ob sie z.B. lieber Luxusvillen für ein paar Reiche, oder eher ausreichend Wohnraum für alle durch den von ihr geschaffenen Reichtum finanzieren will.

Um die Rechte und Interessen der Arbeiterklasse zu garantieren muß die Produktion und Verwaltung unter der direkten und demokratischen Kontrolle der arbeitenden Bevölkerung stehen. Leitungsgremien in der Produktion könnten sich aus zwei Drittel Gewerkschafts- und Belegschaftsvertretern zusammensetzen, die nicht



Slums in Sao Paolo: Der Kapitalismus hat in der „3. Welt“ das Elend der Menschen noch verschärft.

hat sich das Elend eher noch verschärft.

Die kapitalistische Produktionsweise wird bestimmt durch den Profit. Ob das, was der einzelne Kapitalist herstellen läßt, sinnvoll oder nützlich ist, interessiert ihn nicht. Wichtig ist allein der Profit.

Konkurrenz

Dieses „Profitstreben“ liegt keineswegs in der persönlichen Raffgier der einzelnen Unternehmer begründet. Die Konkurrenz der einzelnen Unternehmen untereinander zwingt sie, mehr, schneller und billiger zu produzieren als ihr Branchengegner. So dehnt sich die Produktion immer mehr aus. Die Ausdehnung der Märkte kann damit nicht Schritt halten. Die Waren finden nicht genug Käufer, und so kann der Kapitalist sie nicht zu Kapital machen. So kommt es regelmäßig zu den für den Kapitalismus typischen Krisen. Engels beschrieb diese Entwicklung 1880 wie folgt:

„Der gesamte Mechanismus der kapitalistischen Produktionsweise versagt unter dem Druck der von ihr selbst erzeugten Produktivkräfte. Sie kann diese Masse von Produktionsmitteln nicht mehr alle in Kapital verwandeln; sie liegen brach. (...)“

Produktionsmittel, Lebensmittel, disponible Arbeiter, alle Elemente der Produktion und des allgemeinen Reichtums sind im Überfluß vorhanden. Aber der Überfluß wird Quelle der Not und des Mangels (Fourier), weil er es gerade ist, der die Verwandlung der Produktions- und Lebensmittel in Kapital verhindert.“ (Engels, „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“)

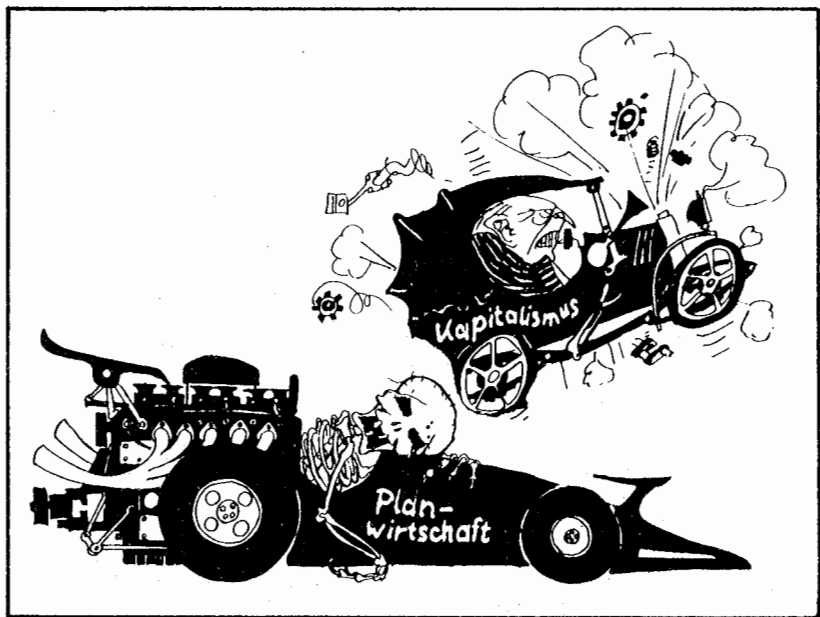
In solchen Krisen überleben nur die wirtschaftlich stärksten Firmen und Konzerne, vor allem Klein- und Mittelbetriebe gehen bankrott. Gewaltige Mengen an Produktionsmitteln werden in diesen Wirtschaftskrisen vernichtet.

Das hat sich seit Engels Zeiten nicht geändert, obwohl viele Menschen während des langen Nachkriegsaufschwungs glaubten, die Krisenhaftigkeit des Systems sei überwunden. Dieser Aufschwung war auf eine Reihe besonderer Faktoren zurückzuführen, und 1974 hatten wir die erste größere weltweite Wirtschaftskrise nach dem 2. Weltkrieg, gefolgt von der Rezession 1979-82.

kontrollierbare Wirtschaftskrisen. Es verurteilt damit Millionen zu chronischer Armut, sogar Hunger und Tod.

Planung statt Chaos

Deshalb muß die „planlose“ und daher chaotische kapitalistische Produktionsweise weltweit ersetzt werden durch eine sozialistische Produktionsplanung, d.h. eine gesellschaftlich geplante Wirtschaft unter umfassender demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung. Dabei kommt es vor allem darauf an, die Großindustrie und auch die Banken und Versicherungen zu verstaatlichen. In der BRD zum Bei-



spiel kontrollieren die etwa 200 größten Konzerne ca. 75% der gesamten Industrieproduktion.

Gemeineigentum und demokratische Planung bilden die Grundlage, die Produktivkräfte weiterzuentwickeln. Überproduktion würde nicht mehr zu wirtschaftlichen Krisen führen, die kapitalistische Konkurrenz würde durch eine harmonische Entwicklung der Wirtschaft entsprechend den Bedürfnissen ersetzt. Die Produktionskapazitäten können voll ausgelastet und erweitert, die gesellschaftlich notwendige Arbeit auf alle Arbeitsfähigen verteilt werden. Rationalisierung bräuchte nicht zu Entlassungen zu führen, sondern kann zu weiteren

mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn verdienen dürfen und jederzeit wähl- und abwählbar sind. Ein weiteres Drittel der Gremien könnten Staatsvertreter sein, die die Interessen der staatlichen Rahmenplanung repräsentieren.

In einer solchen demokratischen und geplanten Wirtschaft wäre kein Platz mehr für eine parasitäre Bürokratenclique wie im „real existierenden Sozialismus“. Ohne Sozialismus gibt es keine echte Demokratie, aber ohne Demokratie kann es auch keinen Sozialismus geben. Es gibt viel zu sozialisieren – packen wir's an!

Martin Böttger, Nürnberg
Jungsozialist

VORAN

zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Monatszeitung
für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften

Erscheint seit Dezember 1973

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfinger

Redaktionsanschrift:
VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1
Telefon 0221/134504

Druck: Blitz-Druck GmbH, Heegstraße 26-28, 4300 Essen 11

Bankverbindung: Postgiroamt Essen, Kto.-Nr. 250059-430

Unternehmer stoßen sich gesund, wir gehen kaputt Kohls „Erfolge“

Die Kohl-Regierung wird nicht müde, auf die „Erfolge“ ihrer Politik hinzuweisen. Daß diese Politik den Unternehmern genutzt hat, ist offensichtlich. Jetzt versucht man uns weiszumachen, auch wir hätten etwas davon gehabt: Die Zahl der Arbeitslosen sei gesunken, und das sei nicht zuletzt dem „Beschäftigungsförderungsgesetz“ zu verdanken.

Dieses Gesetz erlaubt den Unternehmern seit viereinhalb Jahren den Abschluß eineinhalbjähriger Zeitverträge. Das heißt, daß neben den sozial ungeschützten Teilzeitbeschäftigten auch die befristet beschäftigten Arbeiter bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses weitgehend schutzlos sind.

Aber dies reicht den Kapitalisten nicht aus. Sie fordern Wochenendarbeit, längere Maschinenlaufzeiten und den Abbau sogenannter „Investitions- und Beschäftigungshemmnisse“. Und sie wissen, daß sie sich auf ihre Regierung verlassen können. Mit der Deregulierungsoffensive von Kohl und Ka-

te enorme Folgen für Lebensqualität und Gesundheit der Beschäftigten.

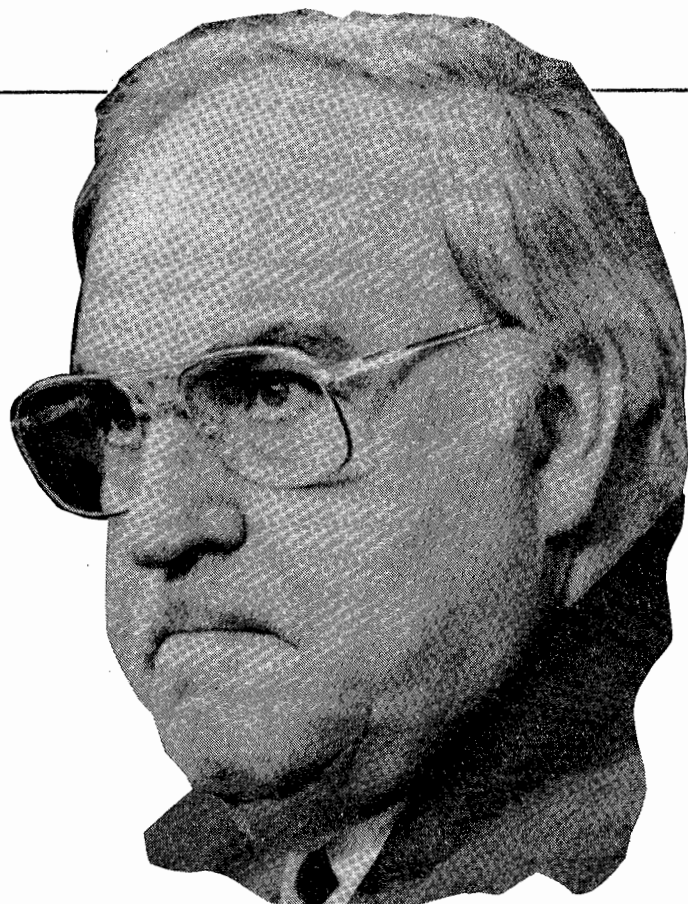
Der Einführung neuer Technologien wie flexiblen Fertigungssystemen und CNC-Maschinen (d.h. computergesteuert) zu Rationalisierungszwecken folgt meist eine Ausweitung der Schichtarbeit. Schon heute leisten 13% der Beschäftigten Nachtarbeit. Das führt oft zu Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Magenbeschwerden, Appetitlosigkeit und erhöhtem Unfallrisiko. Fast ein Drittel aller Menschen in der BRD, etwa 20 Mio., leiden an Allergien, inzwischen der häufigsten Berufskrankheit. Immer mehr

heutzutage Kapitalverwertungsinteressen von Pharmaindustrie und Ärzteverband die zahlungskräftige Nachfrage nach Arzneimitteln steuern, kann nur eine Verstaatlichung der Produktion von Medikamenten unter demokratischer Arbeiterkontrolle eine Orientierung des Arzneimittelverbrauchs an den Bedürfnissen der Kranken garantieren.

Sozialistisches Programm

Kohl und Kapital wollen letzten Endes eine Gesellschaft, in der nur noch die Leistungsfähigsten mithalten können, alle anderen bleiben auf der Strecke. Mit einem entschlossenen Kampf der Arbeiter und Jugend in SPD und Gewerkschaften für die Durchsetzung eines sozialistischen Programms sollte das verhindert werden. Nötig ist vor allem

- radikale Arbeitszeitverkürzung zur Humanisierung und Verteilung der Arbeit auf alle;
- die Einführung neuer Technologien und Arbeitsstoffe im Betrieb muß der Kontrolle von Belegschaft und Gewerkschaft unterstellt und soll zum Abbau der Schichtarbeit und der Abschaffung gesundheitsschädlicher Ar-



- keine Kostendämpfung im Gesundheitswesen zu Lasten der Masse der Bevölkerung;
- Verstaatlichung der Pharmakonzerne unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung;
- für ein kostenloses, staatliches Gesundheitswesen.

Dirk Heinz, Burbach, Jungsozialist

Lebensmittelskandale

Der menschliche Körper als Müllkippe?

Wem blieb da nicht morgens beim Zeitungslesen das Essen im Halse stecken? Wieder einmal ein Kälberskandal, nur daß diesmal dem Verbraucher keine Sexualhormone unfreiwillig verabreicht wurden, sondern Hustenmittel. Die Kälbermäster wurden erwischt, doch wer weiß, welche Skandale noch unentdeckt im eigenen Kühlschrank lagern?

Es gibt zwar in der BRD ein umfangreiches Lebensmittelrecht, ange-

ze des Eisbergs. Die meisten Mißbräuche bleiben unentdeckt oder verschwinden in Aktenschränken, es sei denn, sie führen direkt zu Todesfällen.

Die Pantscherei im Essen ist ein einträgliches Geschäft, da die Behörden mit verordneter Blindheit handeln und die Bußgelder, wenn mal jemand erwischt wurde, recht milde ausfallen.

Laut Umweltmagazin „natur“ (9/89) werden jedes Jahr pro 1000 Bundesbürger 5-20 Lebensmittel untersucht. In Baden-Württemberg kommt jedes Jahr auf 40.000 Einwohner eine Fleischprobe. Dabei sind die Lebensmittelchemiker mit nach Plan gekauften unverdächtigen „Planproben“ beschäftigt. Viele Stoffe werden deshalb lange nicht entdeckt, da die industriell hergestellten Lebensmittel oft von Fachleuten „analysefest“ behandelt werden, so z.B. damals das Frostschutzmittel Diethylenglykol im

zu bringen. Von Nachteil ist dies für die Kälber, die krank und vollgestopft mit Medikamenten ein trostloses Dasein fristen, und für den Normalverbraucher, der minderwertiges und vergiftetes Fleisch verspeist. Nach dem gleichen Prinzip verläuft die Lebensmittelproduktion in allen Bereichen.

Der Rat, sich vegetarisch zu ernähren oder in Ökoläden einzukaufen, scheidet daran, daß Gemüse oft nicht weniger belastet ist und das „umweltbewußte“ Einkaufen häufig die Finanzmittel übersteigt. Außerdem ist in den meisten Fällen für den Kunden nicht überprüfbar, ob die teuren Lebensmittel wirklich aus „biologisch-dynamischen Anbau“ stammen.

Mit Boykottaktionen ist weniger als nichts zu erreichen. Große Konzerne sind schwer zu boykottieren, es sei denn mit einem bundesweiten Hungerstreik, der nicht sehr realistisch erscheint.

Verstärkte Kontrollen werden das Problem nicht lösen können, da die Analysen der Pfuschereien immer hin-



Gift im Wein...

lich das beste der Welt, und ebenso umfangreiche Lebensmittelaufsichtsämter, Überwachungsabteilungen, Ordnungsämter, eine Lebensmittelpolizei ... Trotz all dieser nützlichen Einrichtungen wird der Verbraucher meist erst dann informiert, wenn alles zu spät, also gegessen ist. In den meisten Fällen werden die Skandale jedoch verschwiegen. In den Ausnahmefällen, wo der Verbraucher Einblick in die Jahresberichte der chemischen Untersuchungsämter nehmen darf, tun sich Abgründe auf:

Spitze des Eisbergs

Da gibt es Arzneimittel rezeptfrei auf Käse, im Honig, in Nudeln und Kälbern. Spätzle werden aus Gründen der Kostenersparnis nicht mit Eiern, sondern mit Farbstoff auf den richtigen Farbton gebracht, in Nudeln werden kurzerhand ganze Hühnerembryonen verarbeitet, Tütenmilch ist mit Dioxin verseucht, überlagerte Lebensmittel werden mit neuem „Frische“ datum versehen ...

Diese Fälle sind jedoch nur die Spit-



...Medikamente im Fleisch: Wer weiß, welche Skandale noch im Kühlschrank lagern?

Wein. Resignierte Ernährungswissenschaftler geben den Rat, sich angesichts der Gifte möglichst ausgewogen zu ernähren, nach dem Motto „von jedem etwas“.

Warum werden uns derartige Dinge zugemutet? Im Kapitalismus steht der Profit an erster Stelle, die Bedürfnisse der Verbraucher werden nur dann berücksichtigt, wenn sie keine „unnötigen“ Kosten seitens des Unternehmens verursachen.

Profit - auf Kosten der Verbraucher

Für den Kälbermäster ist es natürlich von Vorteil, möglichst viele Kälber möglichst schnell auf den Markt

terherlaufen. Es ist eh viel zu spät, wenn das verseuchte Produkt bereits beim Verbraucher angekommen ist. Wirksame Kontrollen können nur direkt bei der Produktion angreifen. Unabhängige Kontrollgremien könnten beispielsweise aus staatlichen, gewerkschaftlichen sowie Vertretern der Verbraucherorganisationen zusammengesetzt sein.

Wirklich kontrollieren kann man nur, was einem gehört. Erst die Verstaatlichung der Lebensmittelkonzerne wird die Voraussetzungen schaffen für eine Lebensmittelproduktion nach den Bedürfnissen der Bevölkerung.

Wibke Möbius, Göttingen
Jungsozialistin



Seit Blüms Gesundheitsreform dürfen wir auch noch dafür zahlen, daß wir uns kaputtarbeiten. pital steht ein regelrechtes Sozialdumping an. So werden Arbeits- und Sozialrecht, Betriebsverfassung, Mitbestimmung, Arbeitszeit und Sozialpläne allesamt zu Wettbewerbsfaktoren erklärt.

Wochenendarbeit

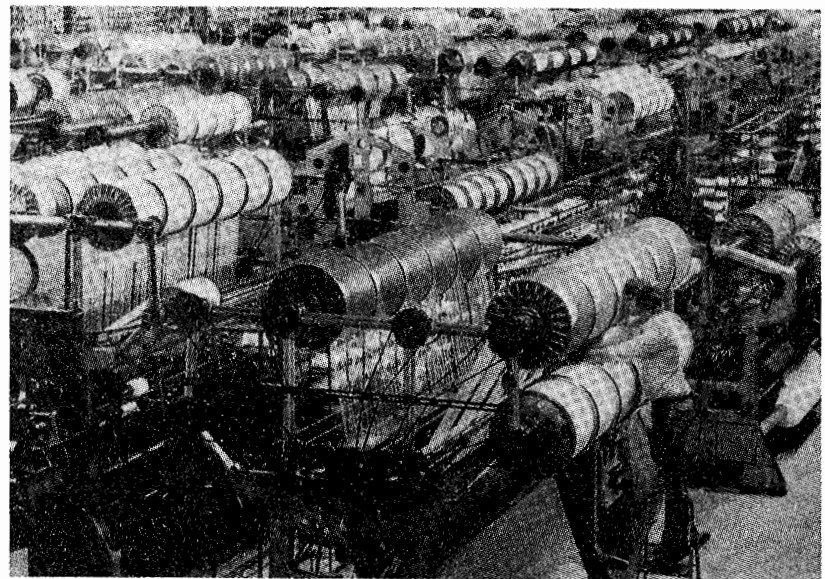
Selbst SPD-Vize Lafontaine und IG-Chemie-Chef Rappe stimmen zu, daß Sonntagsarbeit aus wirtschaftlichen Gründen notwendig sei. Ihr Interesse gilt augenscheinlich nicht dem Wohl der Arbeiter, sondern den Profiten des deutschen Industriekapitals. Und das in einer Zeit, wo die Gewinne der Konzerne, besonders auch der Chemie-Industrie, gestiegen sind wie selten zuvor!

Aber die Unternehmer wollen mehr. Zur totalen Ausnutzung ihrer teuren Maschinen, insbesondere in der High-Tech-Branche und der Autoindustrie, verlangen sie eine weitgehende Flexibilisierung der Arbeitszeiten. Legalisiert werden soll das mit einer von der Bonner Rechtsregierung beabsichtigten Änderung der Arbeitszeitordnung. Dort sollen wöchentliche Arbeitszeiten bis 60 Stunden, Sonntagsarbeit und die generelle Aufhebung des Nachtarbeitsverbots für Frauen gesetzlich verankert werden. Dabei hat schon das jetzt Erlaub-

Gifte und Gefahrenstoffe werden im Arbeitsleben verwendet, ohne daß man ihre genaueren Wirkungen auf die Beschäftigten kennt. Und wenn sie bekannt sind, werden die Arbeiter häufig nicht über die Risiken aufgeklärt.

Der steigende Medikamentenverbrauch ist die Folge eines schleichen Gesundheitsverschleißes und der zunehmenden Gesundheitszerstörung bei der Arbeit. Seit der „Reform“ im Gesundheitswesen werden wir auch noch dafür zur Kasse gebeten, daß die Maßnahmen der Unternehmer unsere Gesundheit ruinieren. So bemerkt eine betroffene, schwerkranke Frau: „Für mich heißt das, daß ich in diesem Jahr den dringend benötigten Erholungsurlaub wahrscheinlich nicht antreten kann. Für Infusionen, Medikamente, Anwendungen und Massagen - immer muß zugezahlt werden. Die Beträge summieren sich. Fatal für mich ist, daß ich auch noch eine besondere Ernährungsweise brauche. Für alles mögliche ist Geld da, aber Schwerkranke müssen zuzahlen.“

So sind die immens angewachsenen Kosten auf die Verbraucher verlagert worden. Dagegen werden die privaten Gewinninteressen der Pharmaindustrie regelrecht gefördert. Während



Die teuren Maschinen - hier in der Textilindustrie - werden von den Unternehmern als Grund benutzt, von uns Arbeit auch am Wochenende zu fordern.

Gegen Wohnungsnot Action in Aachen

Gegen die Wohnungsnotpolitik in Aachen demonstrierten fünfzig Jugendliche auf der Freitreppe des historischen Rathauses in Aachen. Mit Parolen wie „Aachen rot statt Wohnungsnot“ und „Keine Wohnungen im Land – CDU steckt Kopf in den Sand“ machten wir Jugendlichen auf die katastrophale Wohnungsnot aufmerksam.

Offiziell sind 5000 Wohnungssuchende beim Wohnungsamt gemeldet, die Dunkelziffern berücksichtigt wären es 8-10.000 Wohnungssuchende. Und das bei 250.000 Einwohnern. Über 1500 Menschen stehen regelrecht auf der Straße oder sind in Turnhallen untergebracht.

CDU-Politik

Dies alles sind Folgen der CDU-Politik, die seit 1986 den Bau von Sozialwohnungen völlig stoppte und sogar städtische Häuser verkaufte. Der Unmut von vielen Jugendlichen gegen diese Politik staute sich schon lange vorher auf. 18jährige, die von Zuhause ausziehen möchten, um ein eigenes Leben aufzubauen, finden kaum billigen Wohnraum. Miriam (19) zum Beispiel, die nur durch Beziehungen eine 20qm Wohnung für 310 DM bekommen hat, das Klo auf dem Flur, Wände feucht, Heizung tropft. Aber trotzdem hatte sie tierisches Glück gehabt, wie sie immer wieder von Freunden und Bekannten zu hören bekommt.

Viele Jugendliche haben Angst, daß sie nie aus dem Kinderzimmer ausziehen werden können. Auf der ersten Juso-Schülergruppensitzung zu diesem Thema erschienen 20 Jugendliche und nach einer heißen Diskussion einigten sich alle auf eine Rathausbesetzung. Sie wollten damit zeigen, daß der Stadtrat für die Wohnungsmisere mitverantwortlich ist. Am 19. Septem-

ber trafen wir uns dann und zogen mit ca. 50 Jugendlichen zum Rathaus. Als wir ankamen, war die Rathausstür verschlossen, dafür war aber das französische Fernsehen da. Also sammelten wir uns auf der Freitreppe und hängten Transparente und Plakate mit unseren Forderungen auf.

Mit Megaphon richteten sich verschiedene Mitglieder der Juso-Schülergruppe an die vorbeigehenden Menschen und machten auf die Wohnungsmisere aufmerksam. Es wurde unter anderem ein öffentliches Wohnungsbauprogramm von 1000 Mietwohnungen jährlich sowie die sofortige Übernahme leerstehender Häuser in städtischen Besitz gefordert. Zwischendurch schwärmten andere Jusos über den Markt, verteilten Flugblätter und verkauften Zeitungen. Bei den Diskussionen mit Passanten, bei denen wir ihnen unsere Forderungen erklärten, trafen wir auf allgemeine Un-



Mitglieder der Juso-Schülergruppe in Aachen besetzten das Rathaus und protestierten gegen rechte Wohnungspolitik.

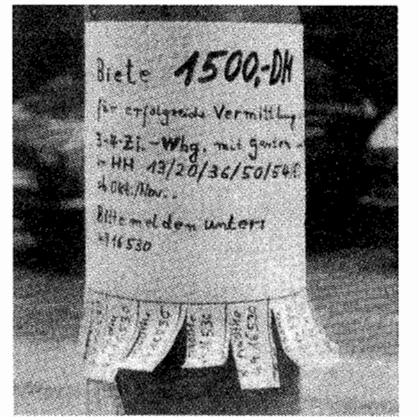
terstützung und wurden in vielen unserer Forderungen bestärkt.

Insgesamt gesehen verlief die Aktion friedlich und ohne Zwischenfälle mit der Polizei ab. Verwundert reagierte nur ein Polizist, als auf seine Anfrage hin, wer für die Aktion verantwortlich sei, die einmütige Antwort kam: „Wir alle!“ Der Polizist – übrigens seinen Aussagen nach ein VORAN-Leser – meinte nur trocken zu seinem Gegenüber (mit Punkfrisur): „Verarsch’ mich nicht, sonst schneide ich Dir die restlichen Haare auch noch ab.“

Roter Stadtrat

Aachen ist seit 40 Jahren schwarz regiert. Die CDU-Ratsmehrheit hat bewiesen, welche Folgen ihre Politik hat: Nicht einmal das Grundbedürfnis Wohnen kann sie befriedigen. Aber jetzt ist es so weit. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden wir nach den Kommunalwahlen andere Mehrheitsverhältnisse im Rat haben.

Wir sorgen auch mit dafür, daß der Stadtrat rot wird. Unser Kampf wird aber damit nicht zu Ende sein, denn



Wer nicht schnell ein paar Hunderter locker machen kann, hat auf dem Wohnungsmarkt keine Chance.

leider will die SPD nur 50 Wohnungen jährlich bauen – lächerlich gegenüber dem, was notwendig ist. Wir werden weiterhin Druck machen müssen, bis die Wohnungsnot in Aachen beseitigt wird.

Kim Oppenoorth, Aachen
Jungsozialistin

Empörung in Köln Brutaler SEK-Einsatz gegen Demonstranten

Die Kölner Republikaner haben im Kommunalwahlkampf in NRW kein großes Vertrauen in ihre Unterstützung aus der Bevölkerung gezeigt. Ihre zentrale Jubelveranstaltung sollte ganz im Verborgenen in einer unter falschem Namen angemieteten Stadthalle ablaufen.

Das passende Publikum wurde eigens von Auswärts zusammengekartt bzw. persönlich eingeladen – man kann ja nie wissen wer sonst noch alles kommen würde... Am Tag vor der Veranstaltung stellte sich dann heraus, daß sich hinter der „Freien Vereinigung für Demokratie und Kultur e.V.“ die Faschisten-Partei verbarg. Per Gerichtsentscheid wurden die Reps an-

völlig falsch ist, „Antifa-Arbeit“ auf einer rein moralischen Grundlage zu betreiben. Die eigentliche Aufgabe von Gegendemonstrationen ist es, an Ort und Stelle eine Alternativveranstaltung aufzuziehen, auf der über konkrete Lösungsmöglichkeiten zu Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit diskutiert wird.

Polizei provokation

Am neuen Veranstaltungsort herrschte zunächst eine ruhige Atmosphäre, nachdem die in Bussen angerückten Reps mit Farbbeutel zunächst zum Rückzug gezwungen worden waren. Demonstranten und Poli-



Ohne jegliche Veranlassung prügelten Beamte des Sondereinsatzkommandos auf wehrlose Demonstranten ein.

der Nutzung der Halle gehindert und mußten kurzfristig in eine Gastwirtschaft ausweichen. Der neue Ort wurde erst am Abend der Veranstaltung bekannt.

Zum ursprünglich vorgesehen Ort kamen ca. 70 Gegendemonstranten. Auch einige Leute, die Interesse an der Rep-Veranstaltung hatten, waren gekommen. Wir haben diesen Leuten die VORAN angeboten und mit ihnen diskutiert.

Enttäuschung

Viele von ihnen waren enttäuscht von der Regierungskoalition und sahen auch in der SPD und den Grünen keine Lösungen für ihre Probleme. Als sie hörten, wofür wir in der SPD kämpften, drückten sie spontan ihre Zustimmung aus. Manch einer der Besucher hatte gehofft, die Republikaner würden z.B. für mehr billigen Wohnraum sorgen. Wir lasen aus dem Kommunalwahlprogramm der Republikaner für Köln vor, daß diese nur den Bau von 150 Wohnungen fordern. Da gingen einigen Leuten die Augen auf über diese Partei.

Es zeigte sich wieder einmal, daß es

zisten diskutierten über Sinn und Zweck von derartigen Blockaden. Plötzlich wurde die Polizeitaktik geändert und Sondereinsatzkommandos schlugen zum Entsetzen der zahlreichen Passanten wahllos mit Knüppeln auf die Demonstranten ein. Es gab auf beiden Seiten Verletzte. Dies führte zu heftiger Kritik auch in den Reihen der Polizei, wo sich viele für diese Provokation mißbraucht fühlten. Ein Beamter meinte: „Uns wurde gesagt, kommt in Sommerkleidung, und dann werden wir verheizt.“

Der bürgerliche Staat schützt die Faschisten – aber die einfachen Polizeibeamten sind nur ein Werkzeug. Sie sind keine Großverdiener, im Gegensatz zu Schönhuber und seinen Geldgebern. Deshalb ist es durchaus möglich, daß sie sich auf die Seite der organisierten Arbeiterbewegung stellen.

Eine erfolgreiche Verhinderung von Nazi-Veranstaltungen hängt letztlich davon ab, daß SPD und Gewerkschaften ihre Basis mobilisieren und politische Alternativen zu den Scheinlösungen der Republikaner bieten!

Bruno Hof, Köln
Jungsozialist

Mieterinitiative in Hamburg

Wir lassen uns nicht verkaufen!

Das ist das Motto vom Dachverband der Hamburger Mieterinitiativen. Denn beim geplanten Verkauf der Sozialwohnungen werden die Mieter gleich mitverkauft. „Wenn sie diese Siedlung von 10.000 Menschen verkaufen, machen sie praktisch eine Kleinstadt kaputt“, so eine Betroffene einer Hochhausiedlung.

Die Bewohner der zum Verkauf anstehenden Sozialwohnungen haben Angst. Werden die Mieten steigen? Wird „luxussaniert“? Muß ich raus? Bisher wurden Wohnungen von zwei Immobiliengesellschaften aufgekauft, beide sind laut SAGA (stadteigene Wohnungsgemeinschaft) „seriös“. Doch beim ersten Fall, dem Verkauf eines Arbeiterwohnheims, wurde sämtlichen 256 Mietern innerhalb von Wochen gekündigt.

Im zweiten Fall wurde der Kauf von 163 Wohnungen inzwischen von einem stadtbekanntem Spekulanten übernommen. Er ist nicht nur als brutalster „Umwandler“ auf dem Hamburger Immobilienmarkt bekannt, sondern auch als führender FDP-Politiker. Gerade beim Auslaufen der Gemeinnützigkeit erhofft er sich Supergewinne aus den dann erlaubten Mietsteigerungen. Die Folgen wurden bei vielen Treffen der bedrohten Mieter immer wieder angesprochen, „denn jeder weiß, die Standortpolitik treibt sozial schwache Mieter aus der Innenstadt in die Randgebiete“. Dort kommt es schon jetzt zu der berüchtigten Ghettoisierung.

Verkaufsstopp

Es ist nicht verwunderlich, daß in einkommensschwachen Bereichen der Innenstadt bei der Europawahl die Reps teilweise über 10% der Stimmen bekamen. Gerade SPD-Mitglieder aus diesen Stadtteilen, Arbeitnehmer, Rentner und Sozialhilfeempfänger, verspüren eine regelrechte Wut auf diese SPD/FDP-Senatspolitik. An

der ganzen Parteibasis gärt es. Unser SPD-Ortsverein Altona Altstadt hat deshalb einstimmig beschlossen, sich am „Tag der Mieter“, dem 7. Oktober, aktiv zu beteiligen. Auch der Unterbezirk Altona fordert vom Landesparteitag einen sofortigen Verkaufsstopp und stattdessen forcierten Neubau von Wohnungen.

Allerdings wird das noch einige Kämpfe bedeuten. Am 14. September tagten Vertreter des Dachverbandes der Hamburger Mieterinitiativen mit dem Landesvorstand der SPD. Auf diesem Treffen sagte der Landesvorstand, daß sich nichts an der Wohnungspolitik ändern würde. Da fragt man sich an der Basis natürlich, wozu man dann kurze Zeit später einen Landesparteitag zu diesem Thema festgesetzt hat? Was ist das eigentlich für ein Demokratieverständnis, wenn sich der Vorstand völlig unabhängig von

der Basis jetzt schon auf eine bestimmte Politik festlegt?

Angesichts dieser Situation in einem SPD-regierten Bundesland wirkt die derzeitige Mitgliederwerbekampagne wie ein Hohn. Dazu ein Personalratsmitglied der ÖTV: „Für Arbeitnehmer wird keine Politik gemacht ... Die SPD ist nicht mehr bei der Bevölkerung und bei den Arbeitnehmern erst recht nicht mehr zu verkaufen. Die Kollegen sagen: Solange meine Wohnung in Gefahr ist, solange mein Arbeitsplatz in Gefahr ist durch die SPD-Politik, dann kann ich nicht in der SPD sein.“

Aber welche Alternative gibt es außer der SPD? Wir wissen, was wir von den Reps, der CDU und der FDP zu erwarten haben. „Wohnen ist Grundrecht“, sagt das Grundsatzprogramm der SPD. Genau das denkt die Basis, wie es in der Hamburger SPD inzwischen deutlich geworden ist. Der einzige Ausweg ist der Kampf, um die Politik der Partei wieder an den Interessen der überwiegenden Mehrheit ihrer Mitglieder zu orientieren.

Jusos und SPD-Mitglieder sollten dem Beispiel Altonas folgen und sich aktiv am Kampf der Mieter gegen die Senatspolitik beteiligen. Nur so kann Mitgliederwerbung glaubhaft werden.

Sue Powell, Altona, SPD-Mitglied



Hamburger Mieterinitiativen wehren sich gegen den geplanten Verkauf von Sozialwohnungen.

Frauen und Mädchen

Schluß mit der Diskriminierung

70% aller Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz sind Mädchen. 21.000 fanden 1987 keine Lehrstelle. Immer noch bestehen weitverbreitete Vorurteile gegenüber der Leistungsfähigkeit von Frauen.

Gewerblich-technische Berufe sind Frauen weitgehend verschlossen. Hier werden über die Hälfte der Ausbildungsplätze angeboten und dabei nur 7% an Frauen vergeben. Selbst nach guten Leistungen sind nach einer Lehre im gewerblich-technischen Bereich die Übernahmekancen für Mädchen sogar noch geringer als in den frauentypischen Berufen. So konzentrieren sich Mädchen zu 40% auf fünf Berufe: Friseurin, Verkäuferin, Bürokauffrau, Industriekauffrau und Verkäuferin im Nahrungsmittelsektor.

Der Frauenanteil im öffentlichen Dienst liegt bei 46%, dabei verteilen sich 85% der Auszubildenden auf die Berufe Justizangestellte, Bürogehilfin, Verwaltungsfachangestellte. Bei Jungen ist die Streuung weit größer.

So ist für Frauen der Berufsweg oft schon in frühem Stadium festgelegt: keine qualifizierte Ausbildung, Ausbildung mit wenig Beschäftigungschancen oder die Ausbildung in einem schlechten bezahlten Beruf.

Quotierung

Die Quotierung von Ausbildungsplätzen und Führungspositionen scheint so für viele politisch Aktive ein Ausweg aus der Misere für junge Frauen und Mädchen zu sein. „Quotierung“ bedeutet in diesem Fall, daß

den Männern, und die Männer, die den Frauen die Arbeitsplätze wegnehmen.

Die Unternehmen haben in den letzten Jahren enorme Gewinne verzeichnet. Diese Gewinne könnten z.B. dazu verwendet werden, um jedem Ausbildungsplatzbewerber eine qualifizierte Lehrstelle zur Verfügung zu stellen. Ein Mindestlohn von 1500 DM netto würde den Hungerlöhnen für Frauen endlich ein Ende bereiten. Gleicher Lohn muß für gleiche Arbeit bezahlt werden, doch zeigen immer wieder Gegenbeispiele in der Tagespresse, daß selbst dies noch nicht selbstverständlich ist. Diese Forderungen berücksichtigen auch die Frauen, die in kaufmännischen oder sozialen Berufen arbeiten. Sie würden dann weniger wegen ihrer oft rollenspezifischen Berufswahl benachteiligt.

In Diskussionen, die in unserem Jusso-Verband geführt werden, wird häufig der Forderung nach mehr Frauen, besonders auch in Führungspositionen, die Hoffnung verknüpft, die Arbeit könnte menschlicher, sozialer gestaltet werden und so ein Weg aufzeigen zur „Reformierung“ des Kapitalismus.

Hören wir, was führende Köpfe aus dem Unternehmerlager dazu sagen: So meint Klaus Murmann, Präsident

Frauen sollen also dazu dienen, die kapitalistische Unterdrückung und Ausbeutung noch effektiver zu gestalten. Sie werden genauso im Interesse der Profitmaximierung arbeiten wie ihre männlichen Kollegen. Das bringt uns dem Ziel der Verbesserung der Lage der abhängig Beschäftigten und besonders der Frauen keinen Schritt näher.

Koedukation

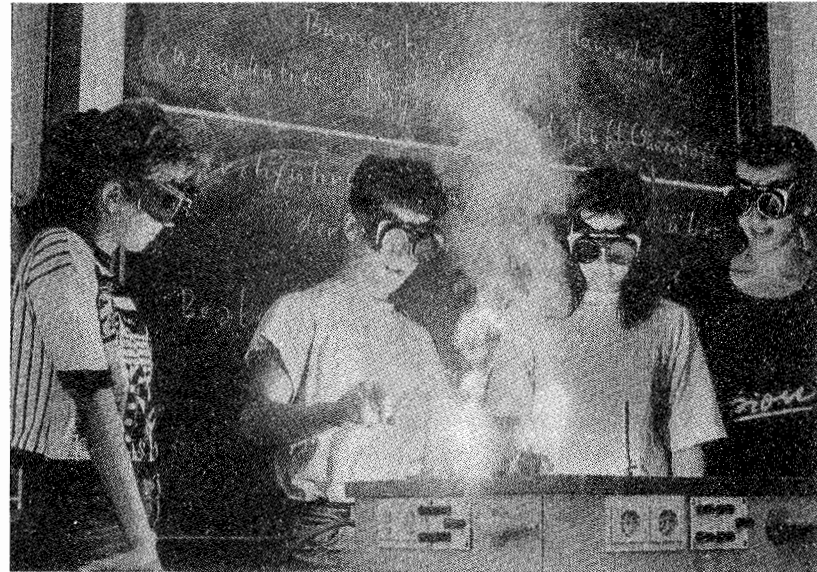
Nichtsdestoweniger müssen wir überlegen, wie wir Mädchen darin unterstützen, sich auch verstärkt wissenschaftlich-technischen Berufen zuzuwenden. Denn immer noch werden Mädchen durch ihre Erziehung sowohl im Elternhaus als auch in der Schule nicht ausreichend in der Herausbildung ihrer technisch-handwerklichen Fähigkeiten unterstützt.

Es gibt Untersuchungen, die zeigen, daß Mädchen aus reinen Mädchenschulen überdurchschnittlich oft Informatik an der Universität belegen. Das hat in jüngster Zeit Zweifel am Wert der Koedukation (gemeinsamer Unterricht für Jungen und Mädchen) hervorgerufen und Forderungen nach gesonderter Unterstützung für Mädchen in einzelnen Bereichen laut werden lassen. Jede Frau, die auf einer reinen Mädchenschule war, kann aus ihrer eigenen Erfahrung viele Beispiele aufzeigen, wie problematisch die getrennte Erziehung ist. Eine Rückkehr zu diesem System wäre keine Lösung des Problems.

Was wir brauchen, sind gut ausgestattete Ganztagschulen. Hier könnten entsprechend ausgebildete Pädagogen darauf achten, daß Jungen und Mädchen in den Bereichen besonders gefördert werden, die in der traditionellen Erziehung zu wenig berücksichtigt werden. Eine Voraussetzung hierfür ist eine drastische Senkung der

Klassenstärke, damit die Lehrer genug Zeit haben, sich den einzelnen Kindern zu widmen. Auch muß der naturwissenschaftliche Bereich an den Schulen wesentlich besser technisch ausgestattet werden. Gerade im Bereich der Lehrmittel (Apparate und Chemikalien für chemische und physi-

dem Schüler helfen, das Berufsfeld zu finden, das ihm am besten gefällt. Sicher würden dann mehr Mädchen gewerblich-technische Berufe und mehr Jungen soziale Berufe wählen. Eine bessere und geschlechtsunabhängige Berufsberatung wäre vor der Berufswahl nötig.



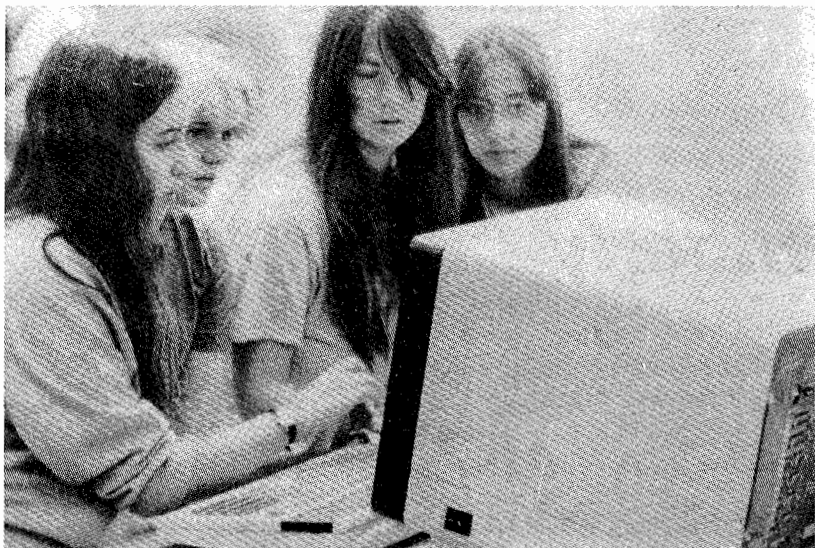
Gerade im Bereich der Lehrmittel für naturwissenschaftliche Experimente ist in den letzten Jahren drastisch gespart worden.

kalische Experimente) ist in den letzten Jahren drastisch gespart worden. Die Schulen müssen ausreichend mit Computern und entsprechend ausgebildetem Lehrpersonal versorgt werden. So hätten viel mehr Mädchen als heute Zugang zu den Gebieten der Informatik, und auch Schüler, deren Eltern es sich nicht leisten können, die notwendigen teuren Geräte anzuschaffen, wären nicht mehr benachteiligt.

Praktika in der Schulzeit sollten je-

Unter diesen Voraussetzungen wäre solidarisches Lernen möglich, wo die auf einem Gebiet stärkeren die Schwächeren unterstützen. Reine Mädchenschulen haben früher mit dazu beigetragen, die Unterdrückung der Frauen zu institutionalisieren. Die Diskriminierung im Unterricht muß ein Ende haben, doch dazu bedarf es keiner Trennung nach Geschlechtern im Physik- oder Informatikunterricht.

Karin Hartmann, Köln
Jungsozialistin



Wenn die Schulen mit ausreichend Computern und entsprechend ausgebildeten Lehrern versorgt wären, hätten auch viel mehr Mädchen als heute Zugang zur Informatik.

für eine bestimmte gesellschaftliche Gruppe, nämlich Mädchen und Frauen, eine bestimmte Anzahl von Ausbildungsplätzen bzw. Arbeitsplätzen reserviert wird. Doch diese Maßnahme ist nichts weiter als die Verteilung des Mangels. Sie schafft keine zusätzlichen Ausbildungsplätze, keine Arbeitsplätze und bereitet Niedriglöhnen kein Ende. Stattdessen vertieft sie die Spaltung der abhängig Beschäftigten, statt dazu beizutragen, sie zu überwinden. Nicht die Kapitalisten erscheinen als Gegner, sondern die Frauen, die

der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, daß die Wirtschaft weibliches Know-how wie Flexibilität, Vielseitigkeit und Einfühlungsvermögen brauche. Unternehmensberater Winfried Bauer sagt: „Was die Männer aufgrund ihrer sie bindenden Ängste und aufgrund der Dominanzfessel in Wirtschaft und Politik nicht können, müssen nun die Frauen tun, wenn die Wirtschaft in den neunziger Jahren die Grundlage für Aufschwung und Prosperität im dritten Jahrtausend schaffen soll.“

Video „Gewagtes Spiel“

Von der „unpolitischen“ Frau zur kämpferischen Gewerkschafterin

In dem englischen Spielfilm „Business as usual“ (1986, deutscher Titel „Gewagtes Spiel“) wird ein erfolgreiches Beispiel von gewerkschaftlicher Aktion gegen die sexuelle Belästigung von Frauen am Arbeitsplatz geschildert. Die in dem Film gezeigte Geschichte beruht auf einem authentischen Fall, der sich 1983 in Liverpool abspielte.

Zur Handlung: In der Filiale der exklusiven Mode-Boutiquen-Kette „Aelita“ wird eine Verkäuferin fortwährend von ihrem Chef belästigt. Sie wendet sich an ihre Kollegin Babs (gespielt von Oscar-Preisträgerin Glenda Jackson), die daraufhin versucht, den Fall im direkten Gespräch mit dem Filialleiter zu klären. Ehe sie sich versieht, wird sie gefeuert – mit einer fadenscheinigen Begründung und ohne schriftliche Kündigung. Sie läßt sich das nicht gefallen und wendet sich an die zuständige Gewerkschaft. Ihr Sohn, ein aktiver Jungsozialist und Unterstützer der marxistischen Zeitung „Militant“, hilft ihr dabei, während ihr Mann der ganzen Sache skeptisch gegenübersteht. Er war lange Zeit Gewerkschaftsfunktionär in einem Großbetrieb und ist überzeugter Vertreter der Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitern und Unternehmer – obwohl sein Betrieb schießlich dichtgemacht wurde und er seitdem arbeitslos ist.

Auch der zuständige Gewerkschaftssekretär versucht fortwährend, den Konflikt durch einen Kompromiß beizulegen. Aber Babs geht nicht von ihrer Forderung nach Wiedereinstellung an den alten Arbeitsplatz ab. Die Basisaktivisten der Gewerkschaft unterstützen sie in dieser Haltung, denn schließlich steht dieser Einzelfall für viele tausend Fälle von sexueller Anmache – bloß kommt es meistens nicht zur Gegenwehr der Betroffenen.

Es kommt zum Kampf: Die Gewerkschaft, unterstützt von Liverpooler Jusos, organisiert Streikposten vor dem Geschäft und blockiert somit den

Verkauf. Trotz massiven Polizeieinsatzes wird der Streikposten mehrere Wochen durchgehalten. Letztlich ausschlaggebend für den Sieg in diesem Konflikt ist die Entscheidung, die Blockade auf sämtliche Filialen im Land auszudehnen. Dieser Schritt muß gegen den Widerstand der örtlichen Gewerkschaftsführung durchgesetzt werden. Die bloße Androhung dieser Ausweitung des Kampfes reicht dann aus, um die Unternehmensführung zur Aufgabe zu bewegen.

Der Film schildert sehr plastisch den Zusammenhang zwischen Frauenunterdrückung und der generellen Unterdrückung der Lohnabhängigen im Kapitalismus. Der Kampf, der von Frauen und Männern gegen das Unternehmen geführt wird, geht in seinem politischen Ziel weit über die Wiedereinstellung von Babs hinaus. Es soll das Selbstbewußtsein all derer gestärkt werden, die sich bis-

her nicht zu wehren gewagt haben.

Babs selbst entwickelt sich im Laufe des Kampfes von einer „unpolitischen“, nicht gewerkschaftlich organisierten Frau zur kämpferischen Gewerkschafterin. Ihr wird klar, daß es nicht nur um ihr persönliches Schicksal geht. In einer Rede, die sie auf dem Höhepunkt des Kampfes auf einer Versammlung der Liverpooler Labour Party hält, wird dies sehr deutlich.

Der Film lief in England mit recht großem Erfolg in den Kinos. In der BRD ist der Film nicht in die Kinos gekommen, er ist allerdings in einer deutsch synchronisierten Fassung auf Video erhältlich („Gewagtes Spiel“ von VMP/Cannon, oder bei der VORAN-Redaktion nachfragen). Neben seinem politischen Gehalt ist der Film sehr unterhaltsam, auch wegen der satirischen Seitenhiebe auf die Modebranche und das Yuppietum.



Durch die Unterstützung von Gewerkschaft und britischen Jungsozialisten konnte ein Erfolg im Kampf gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz erzielt werden.

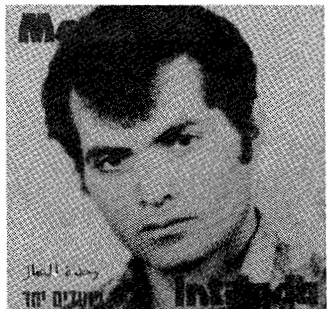
Jetzt bestellen!

„Masarwa“ von „Intifada“

Aufgenommen in Schweden, gemischt in London, hergestellt in Frankreich, verkauft in Israel und der ganzen Welt – „Masarwa“ von der Gruppe Intifada ist eine wirklich internationale Platte. Und sie dient der internationalen Solidarität.

Mahmoud Masarwa wurde vor über einem Jahr vom israelischen Sicherheitsdienst verhaftet. Ihm werden „terroristische Aktivitäten“ vorgeworfen. In seiner ganzen politischen und gewerkschaftlichen Arbeit hat er jedoch die von Teilen der PLO angewandten Mittel des Terrorismus kritisiert und die Idee einer Einheit arabischer und jüdischer Arbeiter auf sozialistischer Grundlage vertreten.

Die Solidaritätskampagne benötigt dringend Geld, um Anwaltskosten, Porto, Telefon und auch den Unterhalt von Mahmouds Familie zu bestreiten. Der



Erlös der Platte dient diesem Zweck. Sie ist für 8,- DM über die Redaktion VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Tel. 0221/134504, zu beziehen.

40. Jahrestag der DDR-Gründung: Massenflucht und wach Beginn einer neu

Zum 40. Jahrestag ihrer Gründung steht die DDR nach Jahrzehnten relativer Stabilität am Beginn einer neuen Epoche, die von gewaltigen Erschütterungen und Explosionen gekennzeichnet sein wird. Die Massenfluchtwelle dieses Sommers, vom Umfang her vergleichbar mit der Situation vor dem Berliner Mauerbau 1961, ist nur die Spitze des Eisbergs.

Heute teilen sich die westliche Kapitalisten und ihre Politiker und die herrschenden Bürokraten des Ostens die Sorgen, daß die unabhängige Bewegung der Arbeiter „außer Kontrolle geraten“ und die Stabilität von Stalinismus und Kapitalismus gefährden könnte. Der stellvertretende US-Außenminister Eagleburger spricht für viele von ihnen, wenn er sagt, daß Veränderungen in Osteuropa die Stabilität Europas und der NATO gefährden könnten: „Mit all seinen Risiken und Unsicherheiten war der Kalte Krieg durch eine bemerkenswerte Stabilität und klar einzuordnende Beziehungen zwischen den Supermächten gekennzeichnet.“ (FAZ 18.9.89)

Vor vierzig Jahren, im Herbst 1949, wurde mit der Gründung von BRD und DDR die Teilung Deutschlands besiegelt. Sie war im wesentlichen eine Folge des veränderten weltpolitischen Kräfteverhältnisses nach dem 2. Weltkrieg, aus dem die Sowjetunion als Siegermacht und damit neue Weltmacht hervorging. In den Gipfeltreffen von Jalta

Vorschein. Unter Walter Ulbrichts Führung wurden zahlreiche Arbeiter aus SPD und KPD Opfer stalinistischen Terrors. Das ehemalige Nazi-KZ Sachsenhausen wurde beispielsweise unter stalinistischer Regie zunächst weitergeführt. Hunderttausende politisch engagierte Arbeiter wurden Opfer von Säuberungen oder zogen sich resigniert ins



Roosevelt und Stalin 1945 auf Jalta: Die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands sollte erhalten bleiben.

und Potsdam teilten die Siegermächte Deutschland in Besatzungszonen auf. Dennoch dachte auch Stalin zunächst nicht an eine Teilung. Die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands sollte aufrechterhalten werden.

Allerdings herrschte in dieser Zeit in ganz Europa eine revolutionäre Stimmung. So auch in Deutschland. In vielen Städten bildeten sich 1945 spontan Massenorganisationen der Arbeiter in Form von Antifa-Ausschüssen, Betriebsräten und politischen sowie gewerkschaftlichen Einheitsorganisationen, die eine Säuberung von Nazi-Elementen und den Wiederaufbau in Angriff nahmen.

Revolutionäre Traditionen

Dies war den Herrschenden in Ost und West ein Dorn im Auge. Im Westen wurden diese unabhängigen Organisationen von den Alliierten unterdrückt, der alte Staatsapparat wurde wieder restauriert und - nach oberflächlicher „Entnazifizierung“ - erhielten viele alte Nazis wieder Staatsämter.

In der Ostzone sah sich Stalin aufgrund des Drucks der Arbeiter dazu gezwungen, die Abschaffung von Kapitalismus und Großgrundbesitz zuzulassen. Allerdings entstand kein demokratischer Arbeiterstaat, denn die sowjetischen Behörden und die mit ihnen eng verbundene Führung der „Kommunistischen“ Partei war darauf bedacht, alle unabhängigen und spontanen Bewegungen der Arbeiterklasse zu unterdrücken und besetzten Verwaltung und Staatsapparat mit ihren Funktionären.

Berlin, Sachsen und Thüringen waren schon vor 1933 rote Hochburgen mit einer starken KPD und einem starken linken SPD-Flügel gewesen, und diese revolutionären Traditionen kamen trotz Nazi-Terrors wieder zum

Privatleben zurück. So wurde die nach der Zwangsvereinigung von SPD und KPD gegründete SED von einer Arbeitermassenpartei immer mehr in ein Instrument der herrschenden Bürokratie umgewandelt.

Durch die wirtschaftliche Hilfe des Marshallplans setzte in Westdeutschland ein steiler wirtschaftlicher Aufschwung ein, in dessen Verlauf die Arbeiter im Billiglohnland BRD schrittweise einen immer höheren Lebensstandard erreichen bzw. erkämpfen konnten.

Die wirtschaftlichen Voraussetzungen bei der Gründung der DDR waren wesentlich schlechter. Die Sowjetunion, deren Wirtschaft im 2. Weltkrieg stark zerstört worden war, bürdete den Arbeitern der DDR unvorstellbare Demontagen und Reparationszahlungen auf. Auf dem Gebiete der Infrastruktur, der Industrie und Bodenschätze war der Osten Deutschlands sowieso gegenüber dem Westen benachteiligt.

Aufstand vom 17. Juni 1953

Der Tod Stalins im März 1953 war in ganz Osteuropa das Signal für die Entstehung einer größeren Oppositionsbewegung. In der DDR kam es wenige Monate später zum ersten Arbeiteraufstand in einem stalinistischen Land überhaupt. Der Aufstand vom 16. bis 19. Juni erfaßte mit rasender Geschwindigkeit alle wesentlichen Industriegebiete der DDR. In 274 Orten mit Schwerpunkt in Ost-Berlin, Sachsen und Thüringen kam es zu Streiks und Demonstrationen. 372.000 Arbeiter, d.h. 10% waren im Streik aktiv, davon allein 100.000 in der Hauptstadt.

Auslöser für diese Bewegung waren von der SED-Führung verhängte Erhöhungen der Arbeitsnormen, die in vielen Fällen zu Lohninbußen führten.

Die Unzufriedenheit kam besonders bei den Ost-Berliner Bauarbeitern zum Ausdruck und wurde hier durch große Presseberichte über einen in West-Berlin soeben erfolgreich beendeten Bauarbeiterstreik zusätzlich angeheizt. (Zu diesem Zeitpunkt waren noch 75% der Bauarbeiter an der Stalin-Allee SED-Mitglieder.) Am 16. Juni marschierten 6000 Bauarbeiter zum Sitz der Regierung, um die SED-Führer Ulbricht und Grotewohl persönlich zu sprechen. Als diese nicht erscheinen, werden aus den Reihen der Demonstranten Forderungen formuliert, die schnell politisch werden und im Aufruf zum Generalstreik am 17. Juni gipfeln.

Säuberungen

Viele SED-Mitglieder schlossen sich dem Aufstand an. Ein Drittel der spontanen Führer des Aufstands sind alte Kommunisten, die schon vor 1933 der KPD angehörten. Die Bürokratie hängt in der Luft und kann schließlich nur mit Hilfe sowjetischer Panzer den Aufstand niederschlagen. Hierbei werden 260 Menschen umgebracht. 1300 Arbeiter kommen vor Gericht. Dabei werden sechs Todesstrafen und vier lebenslängliche Haftstrafen verhängt. Es folgt eine Säuberungswelle in der SED, in deren Folge 62% der SED-Bezirksleitungen, 71% der ersten SED-Kreissekretäre und ein Drittel der ZK-Mitglieder aus ihren Positionen entfernt werden. 60-70% aller ausgeschlossenen und degradierten SED-Mitglieder und -Funktionäre waren vor 1933 in der KPD.

Diese Bewegung vom Juni 1953 war (ähnlich wie die Erhebung der ungarischen Arbeiter drei Jahre später) nichts anderes als der Beginn einer politischen Revolution zum Sturz der stalinisti-

Befehl!
Ueber die Stadt Halle ist der
Ausnahmestand
verhängt. Demonstrationen, Versammlungen und Zusammenrottungen jeder Art sind verboten.
Jeder Aufenthalt auf den Straßen ist von
21.00 bis 4 Uhr.
verboten.
Im Falle von Widerstand wird von der Waffe Gebrauch gemacht!
Halle, den 17. Juni 1953
Chef der Garnison und Militärkommandant der Stadt Halle (Saale)

größere Rohstoff-Lieferungen unter Weltmarktpreis. Allein bis 1955 wurden im Schnitt die Löhne um 68% angehoben.

Fortschritt durch Planwirtschaft

Die DDR wurde in den Jahrzehnten seither zum „Wirtschaftswunderland“ des Ostens. Mit Hilfe zentraler Wirtschaftsplanung erreichte das Pro-Kopf-Sozialprodukt der DDR bis 1980 weltweit den 24. Rang und kam damit dem von Kanada und Österreich gleich - und das trotz der Mängel, die die bürokratische Herrschaft zwangsläufig mit sich bringt. Die Arbeiter in der DDR

DDR-Führung gezwungen, durch Berliner Mauerbau und die rigide Schließung der Grenzen ein soziales Ausbluten des Landes zu stoppen. rallel hierzu versprach die Staat- rrrung, daß bis in den 70er Jahren in DDR die kommunistische Gesellschaft aufgebaut sein würde - mit 35-Stunden-Woche, Nulltarif im Nahverkehr unentgeltlichen Mahlzeiten in Gaststätten für alle.

Gleichzeitig boten die Entwicklungen in der BRD der DDR-Bürokratie gute Gelegenheiten zur ideologischen Rechtfertigung. „Revanchistische“ Iren ultrarechter CSU- und CDU-tiker sowie führender „Berufs-Verbeener“ von Wiedervereinigung und kapitalistischem Vorzeichen sowie Aufkommen von Neonaziorganisationen in der BRD, der Aufstieg alter zis in führende Staatsämter der BRD sowie die Aufrüstung der Bundeswehr seit 1955 wurden in den DDR-Medien ausführlich dargestellt. Zudem konnte sich die bis heute führende Senioreriege im Politbüro wegen ihrer kunft aus der Arbeiterklasse und Tradition als Widerstandskämpfer gegen das Nazi-Regime profilieren.

Die seit Mitte der 70er Jahre im Westen aufkommende Massenarbeitslosigkeit wurde ebenso aufgegriffen, um Arbeitsplatzsicherheit in der DDR vorzuheben.

Stagnation

Doch solche Rechtfertigungen Versprechungen haben inzwischen Wirkung verloren.

Zwar wäre es auf der Grundlage demokratischer Planwirtschaft in der DDR und allen osteuropäischen



Am 16. Juni 1953 versammelten sich tausende Bauarbeiter von der Stalinallee vor dem Haus der Ministerien. Sehr schnell kamen zu den wirtschaftlichen Forderungen auch politische, z.B. freie und geheime Wahlen und Freilassung der politischen Gefangenen.

genießen im Vergleich zur Bevölkerung in Polen, Ungarn oder gar Rumänien einen relativ hohen Lebensstandard. Wenn man die staatlichen Sozialleistungen miteinbezieht, kann sogar davon ausgegangen werden, daß die Arbeiter in der DDR einen höheren durchschnittlichen Lebensstandard erreichten als die Arbeiter in vielen kapitalistischen Ländern, Südeuropa oder Irland miteingeschlossen. Grundnahrungsmittel, Mieten und der Nahverkehr blieben dank staatlicher Subventionen ohnehin jahrzehntelang gleich teuer (bzw. billig). Inzwischen sind so gut wie alle Haushalte der DDR mit Kühlschrank, Waschmaschine, Staubsauger und Fernsehgerät ausgestattet.

Aber die Menschen der DDR haben noch einen weiteren Vergleichsmaßstab: den Lebensstandard in der BRD. So haben die in der BRD höheren Löhne und Gehälter vor allem für Fach- und Führungskräfte und die größeren demokratischen Rechte zu einer verstärkten Fluchtwelle seit den 50er Jahren geführt. Im August 1961 sah sich die

den sicherlich möglich gewesen Lebensstandard und Lebensqualität Arbeiter in der BRD und anderen Ländern zu überholen. Doch heutige tiefe Krise all dieser Länder zeigt, daß die stalinistische Bürokratie Fortschritt hemmt und zunehmend alle Errungenschaften der Planwirtschaft zunichte zu machen droht (Kasten). Die von der Bürokratie gegebenen Wachstumsraten wurden immer geringer. Die Arbeiter in der DDR spüren, daß ihr Lebensstandard seit den 80er Jahren stagniert. Die Versorgungslage hat sich - entgegen allen Versprechungen - in vielen Bezirken verschlechtert.

Für die Bevölkerung muß sich der Sozialismus in handfesten Verbesserungen des Alltagslebens niederschlagen in guten, billigen und ausreichenden Verfügungen stehenden Konsumgütern kürzeren Arbeitszeiten und einer entfesselteren Existenz. In der BRD selbstverständliche Dinge wie der Telefonanschluß sind in der

Die Opposition im Lande in Epoche

er noch „Luxusgüter“. Die allge-
e Arbeitsproduktivität in der
liegt um ein Drittel unter der der
, und vor allem in der Landwirt-
t liegen die Erträge im Schnitt zwi-
20 und 50% unter denen der
. Hinzu kommen katastrophale
maße von Umweltverschmutzung,
ch in krassen Formen von Wald-
en und Luftverpestung nieder-
gen.

z Hoffnung der DDR-Führung,
verstärkten Westhandel die not-

auch in der DDR Hoffnungen auf Re-
formen im eigenen Land. Doch Zensur
und Einfuhrverbot sowjetischer Zeit-
schriften, Verhaftungen von Oppositio-
nellen und die offenkundige Wahlfäl-
schung durch die Behörden bei den
Kommunalwahlen im Mai 1989 mach-
ten der DDR-Bevölkerung klar, daß die
SED zu Reformen bzw. selbst leichter
Liberalisierung nicht bereit ist.

Hinzu kam das offen propagierte
„Verständnis“ der SED-Spitze für das
chinesische Massaker vom Juni 1989,

den DDR die besten Jahre des Lebens
zu vergeuden, dies alles hat Millionen
an Ausreise denken lassen und – sobald
der Weg über Ungarn sich öffnete, viele
die Gelegenheit zur Flucht beim Schop-
fe packen lassen, trotz Wohnungsnot
und anhaltender Massenarbeitslosig-
keit in der BRD.

Flucht und Ausreise in den Westen
waren zwar in der Vergangenheit ein
Ventil, mit dem die Bürokratie potenti-
elle „Unruhestifter“ loswurde. Nach
verschiedenen Schätzungen wollen aber
heute bis zu 2 Mio. (zumeist jüngere)
DDR-Bürger am liebsten in die BRD
übersiedeln. Das kann die Bürokratie
nicht dulden. Die meisten dieser Über-
siedler sind jüngere Facharbeiter und
Spezialisten, deren Fehlen in Produk-
tion, Gesundheits- und Bildungswesen
der DDR große Lücken reißt.

Spaltung der Bürokratie

So steckt die DDR-Spitze in diesen
Wochen in einem unlöslichen Dilemma:
Läßt sie alle Unzufriedenen (über Un-
garn und offizielle Ausreiseträger) in
den Westen übersiedeln, dann verschär-
fen die dadurch verursachten Produk-
tionslücken die Unzufriedenheit im
Land. Schränkt sie jedoch die Ausreise-
möglichkeiten drastisch ein, so konzen-
triert sich die Unzufriedenheit in der
Arbeiterklasse zu einem explosiven Ge-
misch, das jederzeit „hochgehen“ könn-
te.

Derartige Situationen haben in ande-
ren stalinistischen Ländern dazu ge-
führt, daß sich verschiedene „Flügel“
der Bürokratie herausbildeten. In der
DDR zeichnet sich eine offene Spaltung
in der herrschenden Kaste gerade erst
ab. Doch spätestens nach Honeckers
Abgang wird sie deutlich zutage treten.

Daß sich bisher die harte stalinisti-
sche Linie im Politbüro so fest halten
konnte und noch keiner der aufgeklär-
ten Bürokraten vom Schlage eines
Gorbatschow offen seinen Führungs-
anspruch angemeldet hat, liegt nicht so
sehr am hohen Durchschnittsalter der
gegenwärtigen Führung. Perestroika,
damit also auch Einführung marktwirt-
schaftlicher Elemente in die zentrale
Planwirtschaft, führt, wie man jetzt an-
derswo sehen kann, letzten Endes zu
wirtschaftlicher und politischer De-Sta-
bilisierung. Trotz für westdeutsche Be-
griffe krasser Mängel in der Versorgung

Die Arbeiterklasse in der DDR hat
ein großes gesellschaftliches Gewicht;
das Land hat mit 54% der gesamten
Bevölkerung eine der höchsten Er-
werbsquoten der Welt. Ein starkes
Kleinbauernum und einen einflußrei-
chen Katholizismus wie in Polen gibt es
nicht. Das politische und kulturelle Ni-
veau der DDR-Arbeiter ist sehr hoch.
Die Angst vor einer militärischen Inva-
sion durch den „großen Bruder“ So-
wjetunion hat in den letzten Jahren
deutlich nachgelassen.

In den letzten Jahren haben sich un-
ter dem Dach der evangelischen Kirche
Jugend-, Friedens- und Umweltgrup-
pen gebildet, die mit dem Staat öfters in

Perspektive zur Ausbreitung der Bewe-
gung sind schwere Rückschläge unver-
meidlich.

Die Frage der Existenz von zwei
deutschen Staaten und der Wiederver-
einigung, für die meisten Arbeiter im
Westen bis heute ohne allzu große Be-
deutung, ist für die meisten Menschen
in der DDR stets akut geblieben.

Weite Teile der SPD einschließlich
der meisten Linken ebenso wie jetzt
sichtbar gewordene DDR-Oppositio-
nsgruppen haben bisher mehr oder we-
niger geäußert, daß man sich auf Dauer
mit der Existenz zweier deutscher Staa-
ten abfinden müsse.

Sozialisten, d.h. konsequente Inter-



er und Gorbatschow beim „Bruderkuß“. „Glasnost“ und „Perestroika“ lehnen die DDR-
raten für „ihr“ Land jedoch ab.

igen „harten Devisen“ für die Mo-
sierung der eigenen Volkswirt-
t aufzutreiben, ging nicht auf. Un-
Strich ist der technologische Ab-
zwischen der DDR und ihrem
wichtigsten Außenhandelspart-
ner BRD, sogar größer geworden.
Ausfuhr hochwertiger Konsumgü-
die wir hier über Versandhäuser
große Kaufhaus-Ketten beziehen
en) verschärfte den Mangel an
n Konsumgütern in der DDR
t.

er auch die Entwicklungen der
n Jahre in den anderen stalinisti-
Ländern beeinflussten die Stim-
g in der DDR. Die Amtsübernah-
Gorbatschows in Moskau weckte

eine Warnung auch an die Arbeiter und
Jugendlichen in der DDR selbst, daß
ähnliche Erhebungen in der DDR ähn-
lich brutal niedergeschlagen würden.

Hoffnungslosigkeit

Das sich abzeichnende Scheitern von
Gorbatschows Reformpolitik und die
Angst vor Verschärfungen bei den Rei-
semöglichkeiten ließ gerade in den letz-
ten Monaten eine Stimmung totaler
Hoffnungslosigkeit aufkommen, so et-
wa nach dem Motto: Hier wird sich
noch in 100 Jahren nichts verändern.
Das Gefühl, mit leeren Versprechungen
jahrelang, jahrzehntelang hingehalten
worden zu sein und in einer wirtschaft-
lich, politisch und kulturell stagnieren-

Rolf Henrich: Organisierte Planlosigkeit

„Einem unbefangenen Beobach-
ter gegenüber erscheint die Staats-
anwirtschaft als organisierte
Planlosigkeit. Für den Konsumenten
hat sich dieses Bild ohnehin ver-
festigt. Er, der bei seinem täglichen
Einkauf ohnehin von einer Versor-
gungslücke in die andere stolpert,
sieht in der Staatsplanwirtschaft
am liebsten die Mangelwirtschaft par
excellence. Aber derselbe Konsument
sieht gleichzeitig in seinem Beschä-
fungsbetrieb als Produzent mit ei-
nem ungeheuren Verschleiß an ver-
gessenständlicher und lebendiger
Arbeitskraft konfrontiert. Es ist dieser
objektive Tatbestand, den der
Volksmund mit Blick auf das pro-
pagierte Sparsamkeitsregime so
effektiv persifliert hat in dem Satz:
Geld kostete mit jedem Pfennig, kostete es,
es es wolle. (...)

In den geltenden Planungsord-
nungen ist der Ausschluß der un-
mittelbaren Produzenten von der
Mitwirkung an der Planarbeit
gesetzlich vorgeschrieben. Ge-
plant wird also von oben nach un-
ten. Dadurch verbleibt das Untere,
das die Masse der Bevölkerung aus-
macht, in einem atomisierten Zustand.
Es wird so gebärdet es sich. Nur der
Betrieb zählt. Die Betriebe
haben gar keine andere Wahl, als
ihre besonderen Interessen gegen
den Plan, d.h. auf anarchische Wei-
se durchzusetzen. Das geschieht, in-
dem jeder gegen jeden Betrieb Jahr
für Jahr in der Phase der Planarbeit

beitung versucht, sein tatsächliches
Leistungsvermögen herunterzuspie-
len, um über einen weichen Plan
Materialpolster und vor allem vor-
weg die Planerfüllung zum Jahres-
ende abzusichern. Allemal sind in
diesem Interessenkarussell, und
nichts anderes sind die alljährlichen
Planrunden, die Fähigkeiten und
der Einfallsreichtum der Produzen-
tenkollektive ausreichend, um die
wohlmeinendsten Intentionen der
planenden Zentrale meist sogar
konform zu den geltenden Pla-
nungsordnungen zu durchkreuzen.
Was unter dem Strich im Verlaufe
des Planjahres herauskommt, hat
natürlich niemand gewollt. Sorti-
mentslücken, unvollendete Produk-
tion, Lohnfondsüberschreitungen,
schrumpfende Akkumulationsra-
ten, Schwarz-Investitionen, ein ge-
radezu chronisches Mißverhältnis
von Angebot und Nachfrage, um
nur einige Beispiele zu nennen. In
diesem Gesellschaftsspiel hat stets
der Betrieb beste Aussichten, die er-
wünschten Zuführungen in seinem
Lohn- und Prämienfonds zu erhal-
ten, dem es am Anfang des Jahres
gelingt, eine an seinem tatsäch-
lichen Leistungsniveau vorbeigehende
Planungsaufgabe zu ergattern.“

Rolf Henrich, ehemaliger SED-Funktionär,
mit Berufsverbot belegter Rechtsanwalt, Mit-
begründer der Oppositionsgruppe „Neues For-
um“, in seinem Buch „Der vormundschaftli-
che Staat“ (rororo aktuell 12536)



Politische Bevormundung, stagnierender Lebensstandard und keine Hoffnung auf politische Ver-
änderungen haben tausende DDR-Bürger zur Flucht veranlaßt.

mit Gütern des täglichen Lebens kon-
nte die DDR-Wirtschaft innerhalb des
Comecon gerade wegen ihrer relativ
strengen Planung zumindest der Büro-
kratie immer noch als eine „Insel der
Stabilität“ erscheinen.

„Glasnost“, also politische Liberali-
sierung, wird vor allem in der DDR für
die Bürokratie ein „Spiel mit dem Feu-
er“ sein und – darin haben die Altstali-
nisten im Politbüro nicht ganz unrecht
– erst recht die politische Revolution
entfachen, die der „Kollege Gorbats-
chow“ eigentlich verhindern wollte.

Doch je länger sich der Unmut an-
staut, umso mehr droht eine daraus fol-
gende Massenbewegung der Arbeiter
der Bürokratie außer Kontrolle zu ger-
aten – mit oder ohne „ostdeutschen Gor-
batschow“ an der Staatsspitze.



Der Bau des „antifaschistischen Schutzwalls“, d.h. der Mauer, trug zwar kurzfristig zur Stabili-
sierung des Regimes bei. Aber auf Dauer kann man nicht ungestraft versuchen, ein ganzes Volk
einzusperren.

Konflikt geraten sind. Den meisten von
ihnen geht es dabei weniger um den
Glauben als vielmehr um die Mög-
lichkeit, relativ unbehelligt vom Staat Ide-
en zu entwickeln und auszutauschen.

Andererseits hat die Bürokratie
selbst erkannt, daß im Verlauf einer po-
litischen Revolution die Institution und
Hierarchie der Kirche durchaus zur
Stabilisierung der Verhältnisse dienen
kann. So läßt sich auch erklären, warum
ausgerechnet ein eingefleischter Atheist
wie Erich Honecker im Mai 1989 anläß-

nationalisten, haben jedoch Staatsgren-
zen seit jeher als reaktionäres Hindernis
für die Entwicklung von Wirtschaft,
Menschen und Kultur betrachtet. „So-
zialismus in einem Land“ ist eine reaktio-
näre Utopie, noch viel mehr ist es
„Sozialismus in einem halben Land“.

Sich auf Dauer mit zwei deutschen
Staaten abfinden heißt, Kapitalismus in
der BRD und Stalinismus in der DDR
zu zementieren. Andererseits bleibt –
aus theoretischen wie aus praktischen
Gründen heraus – eine deutsche Wie-
dervereinigung auf kapitalistischer wie
auch auf stalinistischer Grundlage aus-
geschlossen. Allerdings wird die Errich-
tung einer sozialistischen Demokratie
im Westen ebenso wie im Osten die
Grenzen – und damit auch die deutsch-
deutsche – überflüssig machen. Die von
Sozialisten und Marxisten angestrebten
Vereinigten Sozialistischen Staaten von
Europa müssen ganz Europa umfassen.
Die Arbeiterklasse in beiden deutschen
Staaten wird hierbei eine wesentliche
Rolle spielen müssen.

Alle, die in der DDR für eine Verän-
derung im Interesse der Mehrheit der
Bevölkerung, und das heißt für eine de-
mokratisch kontrollierte Planwirt-
schaft, kämpfen wollen, sollten mit Un-
terstützung aller Sozialisten in der SPD
für ein Programm eintreten, zu dem die
folgenden Forderungen gehören:

- Freilassung aller politischen Gefan-
genen.
- Freier und ungehinderter Reisever-
kehr über die deutsch-deutsche Grenze
in beiden Richtungen.
- Abschaffung des Zwangsumtausches
bei Reisen in die DDR.
- Verwirklichung von Meinungs- und
Pressefreiheit.
- Das Recht zur Bildung von vom
Staat unabhängigen Gewerkschaften
mit vollem Streikrecht.
- Zulassung aller politischen Parteien
mit Ausnahme der faschistischen.
- Wahl- und Abwählbarkeit aller
Funktionäre.
- Durchschnittlicher Facharbeiterlohn
für alle Funktionäre.
- Alle bewaffneten Einheiten sind der
Kontrolle durch von den Arbeitern de-
mokratisch gewählten Gremien zu un-
terstellen!

Hans-Gerd Öfinger, Wiesbaden
Jungsozialist

Entwicklungen in Osteuropa

Rückkehr zum Kapitalismus?

Solidarnosc mit in der Regierung, Wahlen in Ungarn, Perestroika in der UdSSR - ist der Ostblock auf dem Weg zur Errichtung bürgerlicher Demokratien, wird die Planwirtschaft wieder zum Kapitalismus?

Wie jede herrschende Klasse oder Kaste, deren Zeit um ist, ist die Bürokratie in „Reformer“ und „Konservative“ gespalten. Ein kleiner Teil träumt sogar von der Rückkehr zum Kapitalismus als sicherer Quelle ihres Reichtums und ihrer Privilegien. Diese demoralisierten Impressionisten haben den krisenhaften Charakter des Kapitalismus vergessen.

Die Planwirtschaft hat ihre Überlegenheit schon bewiesen. Das rückständige Rußland entwickelte sich durch Wachstumsraten von 10-20% zur zweiten Weltmacht. Und wie sah es aus, als es in Polen noch Marktwirtschaft gab? Das war kein demokratisches Paradies, sondern ein rückständiges und stagnierendes Agrarland, von Armut geprägt, unter einer Militärdiktatur.

In der besten Zeit, von 1920-30, sind die Städte nur um 3% gewachsen, nur 15% der Erwerbstätigen ar-

beiten, wie die Privatisierung unter Thatcher. Dafür fehlt das Kapital selbst dort, wo es einen nennenswerten Privatsektor gibt, z.B. in Ungarn. Erst müßte die Bürokratie entscheiden, sich in eine Bourgeoisie zu wandeln. Der erste Schritt wäre die Aufhebung des Außenhandelsmonopols und die vollständige Autonomie der Betriebsleitungen, also Abbau des Plans. Dann würden die Betriebsleitungen die Gewinne selbst kassieren, das Staatseigentum enteignen. Die Basis des neuen marktwirtschaftlichen System wäre Diebstahl!

Welche Belegschaft würde so etwas akzeptieren? Und weil die Arbeiterklasse unvermeidlich dagegen wäre, könnte sich die neue herrschende Klasse demokratische Rechte nicht leisten. So würde ein Wechsel zum Kapitalismus keineswegs zur bürgerlichen Demokratie führen, sondern zu einer bürgerlichen Militärdiktatur.

und die Arbeiter selbst heuern und feuern usw. Aber selbst der „Experte“, der die Liberalisierung in Serbien vorgeschlagen hat, Mikhailo Crnoborda, gibt zu: „Die (ausländischen Unternehmer) schauen unsere Industrie an, die Modernisierung und viel Investitionen dringend nötig hat. Sie sehen die Belegschaften, durch Mißmanagement, Lohnstopp und Inflation demoralisiert. Und sie fragen sich, warum sollen wir unser Geld in solchen Bedingungen investieren?“

Sackgasse

Die Inflationsrate in Jugoslawien liegt um 800% und könnte bis Jahresende 1000% erreichen. Sie bereitet eine revolutionäre Explosion vor. Polen hat Auslandsschulden von 40 Mrd. Dollar. 45% der Exporteinnahmen Ungarns fließen als Schuldendienst wieder ins Ausland. Diese Länder sind in der Sackgasse von Schulden und Inflation gelandet wegen des „praktischen“, „marktwirtschaftlichen“ Rates des IWF und bürgerlicher Wirtschaftsberater! Die Reformen um Perestroika, nämlich Dezentralisierung und Einführung marktwirtschaftlicher Elemente, sind kein Versuch den Kapitalismus wiederherzustellen. Sie sollen vielmehr dazu dienen, die Kontrolle der Bürokratie über die Planwirtschaft zu retten. Eine bürgerliche Restauration müßte viel weiter gehen. Aber die Opposition allein gegen die bisherigen Maßnahmen zeigte, wie schwierig das wäre und verurteilt die Pläne der „liberalen“ Bürokraten zum Scheitern.

Besonders gehaßt sind die Kleinkapitalisten der UdSSR, die unter dem Namen „Kooperativen“ arbeiten. „... Die meisten sowjetischen Bürger sind über die neuen Geschäfte bitter empört. Nach 60 Jahren Leben in einer Nicht-Marktwirtschaft sind sie feindselig den hohen Preisen der Kooperativen und dem Reichtum gegenüber, den die neuen Besitzer dadurch bekommen.“ (Financial Times)

Um die notwendigen Maßnahmen durchzuführen, um Perestroika zu verwirklichen, oder diese Ländern akzeptabel für westliche Investoren zu machen, sind massive Preiserhöhungen und Abbau staatlicher Subvention nötig sowie die Stilllegung vieler Betriebe - mit anderen Worten, ein drastischer Angriff auf den Lebensstandard der Arbeiter, Massenentlassungen und Sozialabbau sowie eine krasse Steigerung der Ungleichheit und Ausbeutung. Jugoslawien liefert den Beweis dafür: Dort ist der Lebensstan-

derung war die Bürokratie gezwungen, den Kurs zu ändern und gegen die marktwirtschaftlichen Elemente und gegen die Ausdehnung von Kleinkapitalisten auf dem Lande und in den Städten vorzugehen.

Im August streikten 80.000 Arbeiter aus 460 Danziger Betrieben für die Streichung der Privilegien für Angehörige des Staatsapparates bei der Versorgung mit Konsumgütern und

Jaruzelski eine Strategie, um die Führung von Solidarnosc (die die Perspektive des Sturzes der Bürokratie aufgegeben hat, trotz des Programms des Kongresses 1981) als loyale Opposition anzuerkennen. Sie sollte so die Verantwortung für die geplanten Angriffe auf die Arbeiter („Reformen“) mittragen. Allein hätte die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP) nicht die nötige Autorität. Die Per-



Streikende Arbeiter in Danzig: Welche Belegschaft würde schon akzeptieren, daß die Betriebsleitung die Gewinne selbst kassiert?

arbeiteten im Bergbau und in der Industrie. Mit nur 2% der Staatsausgaben für Bildung und 33% für Verteidigung ist es kein Wunder, daß 20% der Bevölkerung Analphabeten waren. Das Land war von ausländischen Geschäftsleuten und Bankiers beherrscht: 85% der Investitionen in der Montanindustrie wurden von ausländischen Kapitalisten getätigt, in der Elektro- und chemischen Industrie sogar 90% bzw. 80%.

Mit Ausnahme der Tschechoslowakei erwies sich der Kapitalismus als total unfähig, die Industrie in Osteuropa zu entwickeln. Trotz der Zerstörung der Industrie und dem Verlust von 20% der Bevölkerung im 2. Weltkrieg steigerte sich die Industrieproduktion Polens mit dem Methoden der Planwirtschaft bis 1980 auf das 13fache. Selbst während des großen Aufschwungs im Westen 1950-74 wuchs das Bruttosozialprodukt Polens schneller, als in den kapitalistischen Ländern.

Das ist die historische Rechtfertigung der Planwirtschaft. Ihre Vorteile werden aber durch die Korruption und Ineffizienz der Bürokratie zunehmend ausradiert. Dieser Klotz am Bein ist dafür verantwortlich, daß das BSP von 1978-86 um 14% zurückging!

Neue Kapitalisten?

Sicherlich, wenn es der Arbeiterklasse Osteuropas in den nächsten Jahren nicht gelingt, durch eine politische Revolution diese stalinistische Bürokratie zu stürzen und eine echte Arbeiterdemokratie zu schaffen, und wenn es dann 20-30 Jahre kapitalistischen Aufschwung im Westen und weitere Stagnation oder Rückgang im Osten gäbe, wäre eine Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse möglich, allerdings erst nach einem Bürgerkrieg innerhalb der Bürokratie und, noch wichtiger, zwischen den kapitalistischen Elementen und den Arbeitern.

Denn wie würde eine neue Kapitalistenklasse entstehen? Keineswegs durch den legalen Ankauf von staatli-

chene Perspektive ist aber ausgeschlossen, weil der Kapitalismus heute nicht vor einer neuen Epoche des Wirtschaftswunders steht, sondern vor einer Rezession oder tiefen Krise in den 90er Jahren. Eine Wiederholung des Marshall-Plans ist nicht möglich. Am Ende der vierziger Jahre war die revolutionäre Welle Süd- und Westeuropas niedergeschlagen. Die USA, mit 66% der Goldreserven und 50% der Industrieproduktion der Welt, war in der Lage, Europa und Japan mit massiven Krediten wieder aufzubauen. Heute können die USA ihre eigenen Staatsschulden nicht abbauen oder Südamerika, Afrika und Asien vor der Pleite retten, geschweige denn Osteuropa, die UdSSR und China „kapitalisieren“.

Moralische Appelle

Sowohl die Gruppe um Walesa in der Solidarnosc-Führung als auch einzelne „Wirtschaftsexperten“ in Ungarn und Jugoslawien machen moralische Appelle an westliche Regierungen und Unternehmer, ihnen zu helfen. Sie wenden sich damit an die falsche Anschrift. Kapitalisten investieren nur, um Gewinne zu machen. Mit Moral hat es nichts zu tun. Geremek erwartet, daß deutsche Unternehmer in die „polnische Demokratie“ investieren werden. Allerdings hat er manchmal den Eindruck, „die Westdeutschen geben ihre Kredite lieber an totalitäre Regime, die sie für stabil halten“. So ist es! Dies ist allerdings eine vernichtende Antwort auf diejenigen, die Illusionen in die „soziale Marktwirtschaft“ verbreiten.

Zweifelsohne werden westliche Kredite und Investitionen in Polen und anderen Ostblockländern erhöht, aber keineswegs ausreichend, um die Probleme zu lösen. Es gibt schon Billiglohnländer im Westen als Investitionsmöglichkeiten mit mehr Stabilität und attraktiveren Märkten.

Jugoslawien hat seine Wirtschaft dem Westen am liberalsten geöffnet. Investoren können ihre Gewinne aus dem Land herausziehen, bis zu 98% der Aktien einzelner Firmen kaufen

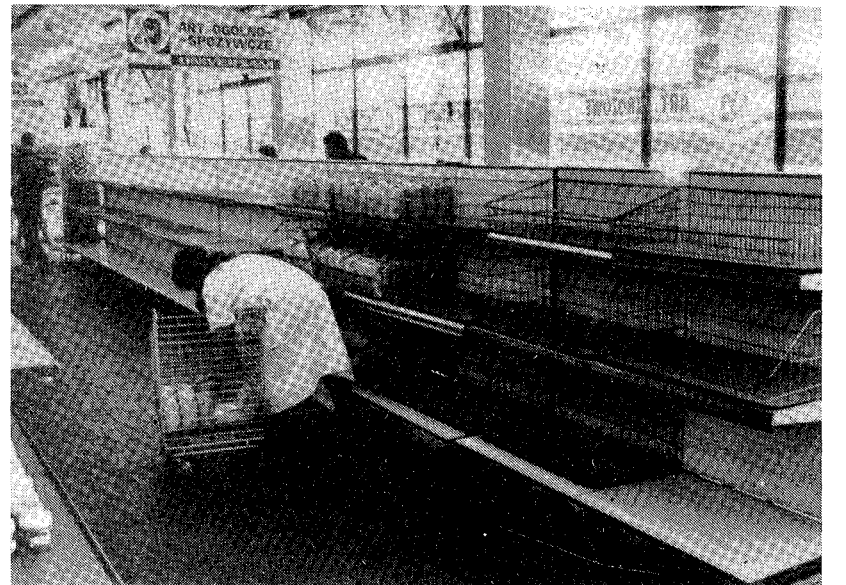


Private Landwirtschaft in Polen heute: völlig rückständige Produktionsmethoden.

dard auf den Stand der fünfziger Jahre gesunken, mehr als 60% leben unter dem Existenzminimum, aber die Frankfurter Bankiers verdienen gut.

Arbeiter kämpfen nicht für Kapitalismus

Gerade gegen solch eine Entwicklung in China in den letzten Jahren haben die Arbeiter und Studenten gekämpft. Trotz der Unterdrückung der



Leere Regale in Polen: „Gibt's hier keine Seife?“ - „Keine Seife gibt es nebenan. Hier gibt's kein Fleisch.“

die Abschaffung der Normenkultura. Das zeigt, daß jeder Versuch, die sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften der Planwirtschaft abzuschaffen, von den Arbeitern bekämpft wird. Jedes Mal, wenn die Arbeiter versucht haben, den Staat zu ändern - ob Ungarn 1956, Polen 1980-81 oder China 1989 -, haben sie Forderungen gegen Privilegien und Korruption und für demokratische Kontrolle der Arbeiter über Staat und Wirtschaft gestellt, nicht für die Rückkehr zu Kapitalismus, Großgrundbesitz und ausländischer Herrschaft.

In Wirklichkeit haben die Kapitalisten im Westen den Traum einer Restauration ihres Systems im Osten längst aufgegeben. Die ganze Diskussion in den Medien darüber ist hauptsächlich als Propaganda gegen den „Sozialismus“ gedacht.

„Demokratie“ in Polen?

Die Bildung einer Koalitionsregierung unter Solidarnosc birgt keine Gefahr für die stalinistische Bürokratie,

spektive einer „freien“ Wahl nach vier Jahren sollte die Arbeiter ablenken und Zeit schaffen.

Jaruzelski nahm es in Kauf, daß bei der Wahl zum Senat und zum Parlament (nur 35% der Parlamentssitze standen zur Disposition) im Juni die Hardliner seiner Partei verlieren würden, aber die Wähler erteilten der ganzen PVAP eine harte Niederlage. Der erste Versuch, eine Regierung um Rakowski zu bilden, wurde durch eine Streikwelle zunichte gemacht. Die kämpferische Stimmung der Arbeiter stieg, die wirtschaftliche Lage wurde katastrophal. Unter diesen Bedingungen sah sich Jaruzelski gezwungen, mit Solidarnosc eine große Koalition zu bilden. Dennoch hat die PVAP die totale Kontrolle über den Staat. Sie kontrolliert die Schlüsselministerien für Inneres (d.h. Polizei) und Verteidigung (d.h. Armee). Die gleichen alten Bürokraten sitzen überall im Staatsapparat.

Mit der Bildung einer Koalition aller Parteien hat die Bürokratie ihre vorletzte Trumpfkarte schon gespielt. Die unvermeidlichen Preiserhöhungen und andere Angriffe werden die jungen Arbeiter in die Opposition treiben. Die Solidarnosc-Führung wird sich durch ihre Schmutzarbeit für die Bürokratie diskreditieren. Zwar bleibt Walesa zunächst außerhalb der Regierung, um sie „kritisieren“ zu können und die Basis abzulenken, aber mit der sich zuspitzenden Wirtschaftskrise im nächsten Winter wird auch er die Bewegung nicht lange bremsen können.

Politische Revolution

Es könnte in den nächsten sechs bis zwölf Monaten zu offenem Aufruhr kommen, zu einer Situation der Doppelherrschaft, wo ähnlich wie 1980-81 die Bürokratie in der Luft hängt und die Arbeiter die Möglichkeit haben, eine politische Revolution friedlich zu vollziehen, mit Unterstützung der Bauern, Soldaten und sogar der unteren Ränge der Bürokratie selbst.

Aber wenn solch eine revolutionäre Gelegenheit durch den falschen Rat der „Gemäßigten“ - in Wirklichkeit sind sie der „liberale“ Flügel der Bürokratie - wie 1981 wieder verpaßt wird, bleibt am Ende keine Alternative zu einem Putsch der Offizierskaste aus Armee und Polizei.

Es ist nicht die Aufgabe von Sozialisten, unsere polnischen Kollegen zu rüchzuhalten, während ihr Lebensstandard angegriffen wird oder Illusionen in Kapitalismus oder „demokratische“ Bürokraten zu verbreiten. Vielmehr müssen wir ihnen helfen, eine unabhängige Arbeiterbewegung aufzubauen, um die bürokratische Herrschaft zu stürzen und mit dem Aufbau des echten Sozialismus anzufangen.

**Brent Kennedy, Hamburg
SPD-Mitglied**

Namibia

Unabhängigkeit per Vertrag?

Am 22. 12. 1988 unterzeichneten Kuba, Angola und Südafrika ein Abkommen, nach dem im November in Namibia gewählt werden und der Unabhängigkeitsprozeß vollendet sein soll.

Eines steht fest: Freiwillig und weil man so schön verhandelt hat zieht sich Südafrika nicht aus Namibia zurück. Dahinter stecken viel handfestere Gründe. Das Regime in Pretoria ist völlig überlastet, da es mit einer sozialen Basis von nur 4,8 Mio. Weißen versucht, eine Region mit über 100 Mio. Schwarzen zu beherrschen. Die Destabilisierungspolitik gegenüber den Nachbarstaaten und besonders der Krieg in Angola bedeuten enorme Kosten. Mit Hilfe kubanischer Truppen fügte Angola den Südafrikanern 1988 ernste militärische Niederlagen zu. Nur über eine Eskalation des Krieges hätte Südafrika die Stellung halten können. Die innenpolitischen Folgen, die Kosten und besonders die Einschränkung der Kampfkraft der Armee gegen die Arbeiterbewegung in Südafrika selbst zwangen das Regime zum Umdenken.

Der zweite wichtige Faktor ist die Rolle der Großmächte, besonders der Sowjetunion. Ihre Wirtschaft stagniert und die herrschende Bürokratie sieht sich riesigen Massenbewegungen und Nationalitätenkonflikten gegenüber. Wegen dieser inneren Schwierigkeiten versucht Gorbatschow sich mit den USA zu arrangieren, internationale Verpflichtungen abzubauen und mit dem Imperialismus regionale Abkommen zu treffen. Diese Einigung im

ziehen. Doch die Realität sieht anders aus. Zum einen diktiert Südafrika die Wahlbestimmungen und zum anderen bleibt der bisherige, von Südafrika kontrollierte Staatsapparat erhalten, keine andere bewaffnete Macht wird geduldet. Als Anfang April Guerillakämpfer in ihre Heimat zurückkehren wollten, wurden über 300 von südafrikanischen Einheiten getötet, der Rest mußte zurück nach Angola, der weiße SWAPO-Politiker Lubowski, der Anwärter auf einen Ministerposten einer SWAPO-Regierung war, wurde am 12. September, einen Tag nach seiner Rückkehr aus dem Exil, vor seinem Haus ermordet. Die Koevoet (südafrikanische Todeskommandos) wird in die Polizei von Namibia eingegliedert. Gleichzeitig wird die DTA (Demokratische Turnhallen Allianz), eine schwarze Marionettenorganisation, bewaffnet und trainiert.

Abgesehen davon befindet sich Namibia in totaler ökonomischer Abhängigkeit von Südafrika. Die Industrie und Landwirtschaft befindet sich im Besitz südafrikanischer Monopole und der einzige Hafen, im Walvis Bay, wird südafrikanisches Hoheitsgebiet bleiben.

Falls im November gewählt wird, so wird die SWAPO einen überwältigenden Wahlsieg erringen. SWAPO ist eine Befreiungsbewegung, die Anfang

arbeit anstrebt. Doch ohne Kontrolle über die Wirtschaft wird auch eine demokratisch gewählte SWAPO-Regierung die Probleme Namibias nicht lösen können. Es gibt über 30% Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Hungerlöhne und viele Mängel im Bildungs- und Gesundheitswesen. Denn wie in Südafrika ist die Apartheid auch in Namibia das Mittel, um die Massen in völliger Armut zu halten.

Arbeiterbewegung

Genau diese Probleme werden von den unabhängigen Gewerkschaften in Namibia aufgegriffen. In den letzten Jahren sind sie sehr stark angewachsen. Parallel dazu wächst die Bewegung. Ein Höhepunkt war die Demonstration von 20000 Arbeitern in Windhoek gegen die Privatisierungsvorhaben im April 1989. Es finden ständig kleinere Streiks statt und auch die Schüler sind dabei: Im Mai boykottierten 19.000 den Unterricht wegen ständiger Bedrohung durch südafrikanisches Militär. Diese Bewegungen stellen für das Apartheidregime die eigentliche Gefahr dar, denn hier findet der Kampf der Arbeiterklasse Namibias statt. Das Organ der NUNW (National Union of Namibian Workers), „The Namibian Worker“, ruft zu „Massenaktionen für echte Unabhängigkeit“ auf, veröffentlicht Forderungen nach demokratischer Selbstverwaltung, Rückkehr der Guerillas oder nach „Freiheit von Armut und Ausbeutung“. Das Motto lautet: „Wir sind unsere eigenen Befreier.“

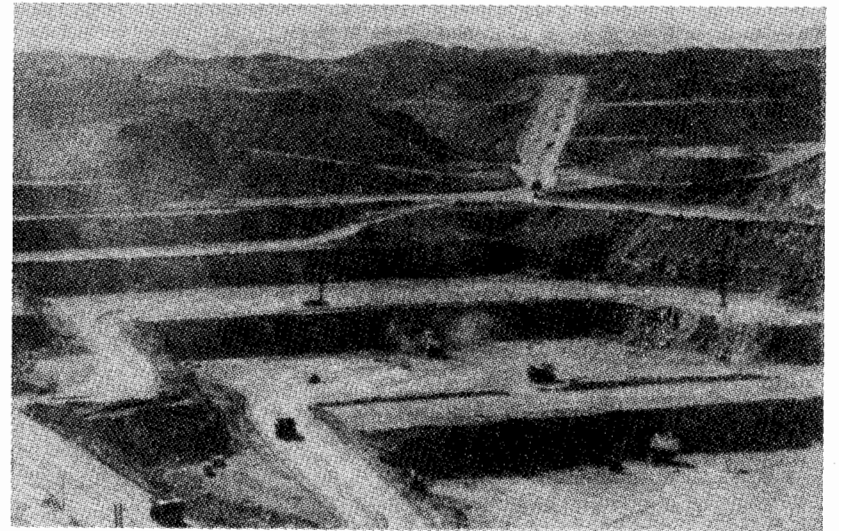
Die Profite der südafrikanischen

Monopole, ob in Südafrika oder Namibia produziert, hängen von dem äußerst niedrigen Lohnniveau ab. Nur durch Aufhebung des Profitsystems und Produktion nach Bedürfnissen ist eine entscheidende Verbesserung im Lebensstandard möglich.

Noch versucht die weiße Bevölkerung, ihre Vorherrschaft mit allen Mitteln zu erhalten. Sollte ihr das nicht gelingen, ist ihre Flucht - 75.000 gegenüber 1,5 Millionen Einwohnern insgesamt - nicht auszuschließen. Dann wären Verstaatlichungen schon nötig, um die Wirtschaft überhaupt vor dem Zusammenbruch zu bewahren.

Echte materielle Verbesserungen in einem wirklich unabhängigen, sozialistischen Namibia würde die Arbeiterbewegung in Südafrika elektrisieren und könnte vom Regime nicht geduldet werden. Daher liegt im Sturz der Apartheid durch die südafrikanische Arbeiterklasse der Schlüssel zur Befreiung der ganzen Region. Das bedeutet, daß Namibia nur in Zusammenarbeit mit der südafrikanischen Arbeiterbewegung und nicht mit den Kapitalisten wirkliche Unabhängigkeit erkämpfen kann.

Geert Möbius, Hamburg
Jungsozialist



Auch die Bodenschätze Namibias - hier eine Uranmine - werden weiterhin von südafrikanischen Firmen ausgebeutet werden.



SWAPO-Anhänger: „Wir sind unsere eigenen Befreier.“

südlichen Afrika ließ sich nur durch den Druck der UdSSR auf Angola, SWAPO (die Befreiungsbewegung Namibias) und den ANC (südafrikanische Befreiungsbewegung) bewerkstelligen, der sogar auf Stützpunkte in Angola und Namibia verzichtete.

Namibia

Für Namibia sieht das Verhandlungsergebnis zunächst günstig aus: Es soll freie Wahlen geben, und die südafrikanischen Truppen sollen ab-

der 60er Jahre aus der Arbeiterbewegung entstand. Mit dem Sieg der Guerilla in Angola '76 konzentrierte auch sie sich nur noch auf den Guerillakampf. Unter Druck der Sowjetunion wurde schließlich fast jede Forderung in Richtung Sozialismus aus dem Programm gestrichen. Die Führung der SWAPO erliegt der Illusion, daß eine unabhängige Regierung geduldet wird, wenn sie auf Verstaatlichungen verzichtet und mit den weißen Kapitalisten und Landbesitzern Zusammen-

Nigerianischer Gewerkschafter in Haft

Sofortige Freilassung von Femi Aborisade!

Seit dem 6. Februar 1989 sitzt der nigerianische Marxist und Gewerkschafter Femi Aborisade in Lagos im Gefängnis. Das Regime des Generals Babangida hält ihn wie auch viele andere auf Grund eines Erlasses zur Staatssicherheit fest: Demnach kann die Regierung jederzeit eine Person sechs Monate lang festhalten, wenn die „Staatssicherheit“ dies erfordert. Allem Anschein nach haben Angehörige der Sicherheitskräfte sogar Hunderte von Haftbefehlen fotokopiert und die Namen derer eingetragen, die sie als nächste verhaften wollen.

Der Diktator Babangida hat in Europa gute Freunde. Im Mai war er zu Besuch bei Großbritanniens Regierungschefin Thatcher. Im Februar vergangenen Jahres stattete Bundespräsident von Weizsäcker in Begleitung des damaligen Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BWZ), Klein, der Republik Nigeria einen Staatsbesuch ab.

Während immer wieder versichert wird, daß die Zulassung politischer Parteien in Nigeria nur noch eine Frage der Zeit sei, hat das Regime gleichzeitig den Gewerkschaftsbund „Nigerian Labour Congress“ (NLC) davor gewarnt, sich in die Politik einzumischen.

Femi Aborisade ist langjähriger Aktivist im NLC und war früher nationaler Schulungsbeauftragter des NLC. Er ist Gründer und verantwortlicher Redakteur der marxistischen Zeitung „Labour Militant“ und war mit einer der ersten, die in Nigeria zur Gründung einer Arbeiterpartei als politisches Sprachrohr und Organ der Arbeiterbewegung aufriefen. Seine Verhaftung ist rein politischer Natur. Die herrschende Klasse Nigerias fürchtet, daß eine aus den Gewerkschaften hervorgegangene Arbeiterpartei mit marxistischen Ideen ihre Existenz bedrohen könnte.

Wirtschaftliche Lage

Nigeria, mit seinen 80 Millionen Einwohnern das an Bevölkerung größte Land Afrikas und eines der wenigen Länder des Kontinents mit starker industrieller Basis, spielt in den Kalkulationen des internationalen Kapitals eine zentrale Rolle. Zu den bundesdeutschen Konzernen, die im Niedriglohnland Nigeria Montage-

werke und Niederlassungen besitzen, gehören so „honorige“ Häuser wie Daimler Benz, VW, Hoechst Kabelmetall und die Baufirma Bilfinger und Berger. Alles in allem immerhin Investitionen in Höhe von über 200 Millionen DM, die zu 90% in einer Kapitalanlagegarantie beim Bonner Auswärtigen Amt versichert sind.

Die wirtschaftliche Lage Nigerias ist ein lebendiger Beweis dafür, daß

gen. Das Realeinkommen der Arbeiter ist seit 1980 um 40% zurückgegangen.

Nachdem die Auslandsschulden Nigerias bei 30 Mrd. Dollar angelangt sind, hat ein neuerliches Diktat des Internationalen Währungsfonds die Verbitterung der Arbeiter gesteigert: Die Privatisierung von Staatsbetrieben und Massenentlassungen im öffentlichen Dienst stehen an. Dabei ist die Arbeitslosigkeit mit vier Millionen schon sehr hoch; die durchschnittliche Kapazitätsauslastung in der verarbeitenden Industrie liegt derzeit bei nur 40%.

Staatliche Brutalität

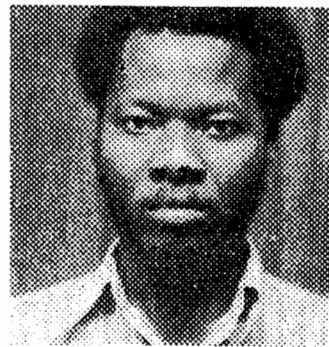
Femi und viele andere Aktivisten aus der Arbeiterbewegung sind nicht die einzigen Opfer der staatlichen Brutalität. Studentenproteste wurden mit Tränengas der Einsatzpolizei bekämpft, und im Januar wurden Sprecher einer Menschenrechtsorganisation verhaftet. Ihnen werden „subversive Aktivitäten“ und Kontakte zu Amnesty International zur Last gelegt.

Amnesty International hat übrigens umgehend zu Protesten gegen Femis Verhaftung aufgerufen. Im bundesdeutschen AI-Info 8 (August 1989) wird im Zusammenhang mit der Verfolgung kritischer Journalisten in aller Welt Femi als ein Beispiel genannt. „Berufsrisiko: Haft, Folter, Tod“, lautet die Überschrift.

VORAN ruft alle Leser und Verkäufer dazu auf, in Briefen bei der nigerianischen Botschaft in Bonn zu protestieren. Alle Gliederungen der Arbeiterbewegung, Vorstände und Mandatsträger auf allen Ebenen sollten sich der Forderung nach sofortiger Freilassung Femi Aborisades und aller anderen politischen Gefangenen anschließen.

Hier die Anschrift der Botschaft: Nigerianische Botschaft, Goldbergweg 13, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/322071.

Hans-Gerd Öfinger, Wiesbaden
Jungsozialist



Seit Februar 1989 in Haft: der Gewerkschafter Femi Aborisade

Wahlen in Südafrika

Gremien ohne Kompetenzen

Am 6. September wurde in Südafrika gewählt. In diesen „Wahlen“ wurden Abgeordnete für drei Parlamente ermittelt, ein Parlament für Weiße und zwei für „Farbige“ und „Inder“. Die beiden letzteren haben überhaupt keine Macht, und nur das weiße Parlament hat zunächst scheinbar noch etwas zu sagen: Kurz nach der Wahl wählte es de Klerk zum Präsidenten. Regiert wird inzwischen im „Nationalen Sicherheitsrat“, d.h. Vertretern der Militärs, Polizei und Verwaltungsspitze. Somit sind auch weiße Arbeiter letztendlich jeglicher Einflußmöglichkeit beraubt.

Viel offensichtlicher ist aber das Marionettendasein der anderen „Parlamente“. Dort halten sich eigentlich nur die korruptesten Kollaborateure des Regimes auf, die so tun, als hätten sie irgend welchen Einfluß auf die unterdrückten Schwarzen. Diese Gremien haben keinerlei Kompetenzen. Quittiert wurde das von dem Teil der Schwarzen, die vom Regime als „Farbige“ oder „Inder“ bezeichnet werden:

Weniger als 10% nahmen an der Wahl überhaupt teil. Damit ist das große „Reformprojekt“ des vorigen Präsidenten Botha vorläufig zu Grabe getragen.

Die Forderung der schwarzen Arbeiterklasse nach Demokratie drückt den Willen aus, ihre menschenunwürdige Lage zu beenden. Das zeigen die Arbeiter mit einem zweitägigen Generalstreik um die Wahl herum. Kosmetische Änderungen sind zur Erfüllung ihrer Forderungen nicht geeignet, denn diese weisen weit über das im Kapitalismus Mögliche hinaus. Es fehlen Millionen von Wohnungen und Arbeitsplätze sowie Krankenhäuser, Schulen, Sportplätze, Büchereien usw. Darum können Jugendliche und Arbeiter nur bitter lachen, wenn de Klerk in seiner Antrittsrede wieder einmal von „Reformen“ und „Beteiligung der Schwarzen“ spricht. Daß sie sich nicht auf die Regierung verlassen, zeigten sie seit den Wahlen in fast täglichen Demonstrationen, bei denen die Schüler an vorderster Front stehen.

Im November veranstaltet die Redaktion VORAN in verschiedenen Teilen der Bundesrepublik

Regionalseminare

Ein Wochenende lang gibt es die Möglichkeit, über die Themen „Faschismus“ und „Entwicklungen in der Sowjetunion und den anderen Ostblockstaaten“ zu diskutieren.

Interessenten wenden sich bitte an die Redaktion VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 0221/134504. Dort könnt ihr Einzelheiten über den genauen Termin, Tagungsort und Unterkunftskosten des Seminars und eventuell Mitfahrmöglichkeiten erfahren.

Kampffonds stärkt die Marxisten in der SPD

Die Flüchtlingsbewegung aus der DDR ist der Vorbote von kommenden sozialen Explosionen in der DDR selbst. Der dortige „real existierende Sozialismus“ bietet gerade jüngeren Arbeitern keine Perspektive mehr, sie haben die Gängelei und politische Unterdrückung durch die herrschende Bürokratie satt (siehe auch Seite 6/7). Wir als Marxisten haben die große Verantwortung, nicht nur für den Sturz des Kapitalismus hier einzutreten, sondern auch der ostdeutschen Arbeiterklasse die Perspektive zum Sturz der stalinistischen Diktatur aufzuzeigen.

Darum ist es wichtig, einen starken marxistischen Flügel um VORAN in SPD und Gewerkschaften aufzubauen, der offensiv für die politische Revolution in der DDR eintritt und die dortigen Kämpfe unterstützt. Er kann eine entscheidende Rolle in der Verbindung von west- und ostdeutscher Arbeiterbewegung spielen.

Es muß nicht extra betont werden, daß VORAN nicht „von drüben“ finanziert wird. Unsere Leser und Unterstützer wissen aus eigener Erfahrung, daß es ihre Spenden sind, die den Aufbau unserer Zeitung ermöglichen.

Gerade im Hinblick auf die Entwicklungen in der DDR ist es enorm wichtig, die Anstrengungen für den Ausbau unserer Zeitung zu verstärken und das Erreichte abzusichern.

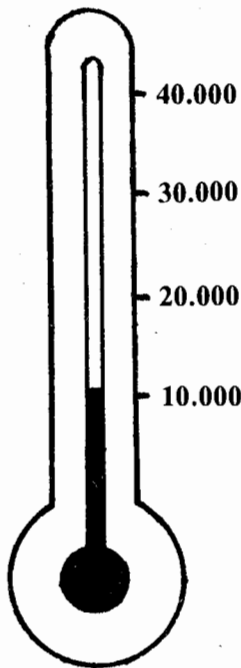
Mit 5514,91 DM im August wurden bisher insgesamt 10.975,21 DM im 3. Quartal erreicht. Damit sind wir noch weit von unserem Ziel von 40.000 DM entfernt. Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um das fehlende Geld noch hereinzubekommen. Gerade auf der Grundlage unserer Positionen zur Situation in der DDR können wir Spenden von Lesern und Sympathisanten sammeln!

In dieser Richtung wurden Stuttgarter Jusos während einer Reise nach Moskau aktiv: Sie verkauften Lenin-

Buttons im Wert von 100,- DM an Sowjetbürger.

Einige weitere Beispiele von Aktivitäten für den Kampffonds in den letzten Wochen: 90 DM wurden auf einem Lesertreffen in Hamburg-Bergedorf gesammelt; 186,25 DM war der Erlös eines Flohmarktes in Aachen; 32,40 wurden am 1. September (Antikriegstag) in Bremerhaven gesammelt. Mechthild Stark aus Göttingen spendete 50 DM vom Blutspenden. Eine vorbildliche Verbindung von Internationalismus, Freizeit und Finanzbewußtsein hat Ronald Beauvais aus Lübeck erreicht: Der Verkauf von deutschem Bier auf dem Sommerlager unserer britischen Schwesterzeitung „Militant“ brachte 70 DM ein!

Ulf Petersen, Köln, Jungsozialist



Spendenkonto:
VORAN, Postgiroamt Essen
BLZ 360 100 43
Kto.-Nr. 2500 59-430

Brief aus Sibirien

In VORAN Nr. 113 berichteten wir vom Solidaritätskomitee für die sowjetischen Bergarbeiter, das auf deren Wunsch hin von drei britischen Labour-Party-Abgeordneten gegründet wurde. Sechs Mitglieder eines Komitees von städtischen Beschäftigten in der Region Kuzbass haben den Abgeordneten folgenden Brief geschickt:

„Geschätzte Genossen!
 Wir halten es für unsere Pflicht, den britischen Arbeitern unsere Dankbarkeit für ihre Unterstützung der (sowjetischen) Arbeiterbewegung auszu-

Kuzbass nicht verändert. Wir bitten nicht darum, gefüttert zu werden. Wir streben nach der Schaffung eines effizienten Systems der Verwaltung der Wirtschaft und der sozialen Sphäre, um wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erreichen und so nicht nur die nötigen Mittel zu schaffen, sondern auch sinnvoll über sie verfügen zu können.

Es ist notwendig, die Verschwendung der Regierung zu beenden. Der Berarbeiterstreik zeigte nicht nur die Stärke und die Bereitschaft der Arbeiter, sich zu organisieren, er zeigte die



Sibirien: Nach den Bergarbeitern (hier während des Streiks) ziehen auch andere Beschäftigte die Konsequenzen und bauen unabhängige Arbeiterkomitees auf.

drücken. Es scheint noch gar nicht lange her zu sein, seit wir mit großer Aufmerksamkeit den heroischen Kampf der britischen Bergarbeiter verfolgten. Zusammen mit Euch freuen wir uns über Eure großartigen sozialen Errungenschaften.

Das Ziel unserer Arbeit ist es, alle wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Probleme von Kunst, Kultur usw. zu überwinden. Wir müssen dafür sorgen, daß diese von den fähigsten Leuten angegangen werden. Wir arbeiten für eine sozialistische Lösung der Probleme des Alltagslebens der Werktätigen des Kuzbass. Wir kämpfen gegen Bürokratismus und Korruption, die uns wegen der langen Jahre stagnierender autoritärer Existenz bedrücken. Unsere Forderung lautet nach einer aktiven Beschleunigung der Perestroika und einer grundlegenden Erneuerung der Gesellschaft, frei von Korruption und Bürokratismus. Vier Jahre Perestroika haben die Lebensbedingungen der Werktätigen von

Schwäche der offiziellen Gewerkschaften und Parteigremien. Diese unterstützen die Bewegung der Arbeiter in keiner Weise. Sie haben unser Vertrauen nicht gerechtfertigt. Im Verlauf des Streiks wurde eine neue Form von Arbeiterbewegung und -kontrolle geboren, verkörpert in den Arbeiterkomitees. Wir haben den Streik nicht be-

endet, wir haben ihn nur unterbrochen. Die Bürokratie sitzt fest im Sattel und ist stark. Es ist nötig, daß wir stärker werden und besser organisiert sind. Wir streben nicht danach, zu zerstören, sondern aufzubauen.

Was wir brauchen sind echte Sowjets der Volksbeauftragten, die die ganze Macht besitzen, die sich aus wirklichen Verteidigern der Arbeiterinteressen zusammensetzen.

Unsere politischen Überzeugungen leiten sich nicht von der Linie der Kommunistischen Partei ab. Viele von uns sind Kommunisten. Aber wir lehnen das Prinzip der Konzentration der totalitären Macht in den Händen des Parteiapparates ab. Es ist nötig, mit allen Mitteln aus unserer Mitte heraus die Initiatoren einer neuen Gesellschaft zu unterstützen und aufzubauen, ihre Persönlichkeiten zu entwickeln. Nur solche Leute werden fähig sein, der Partei ihre Autorität wiederzugeben und auch das Vertrauen der Massen.

Wir gehen davon aus, daß der direkte Kontakt mit Euch und der Erfahrungsaustausch die Bewegung für eine internationale, demokratische sozialistische Gesellschaft ausweiten wird. Wir hoffen auf gegenseitige Zusammenarbeit. Landwirtschaft, Industrie, natürliche Ressourcen, Technik, menschliches Wissen, Gewalt über die Natur zum Wohle aller Werktätigen zu nutzen, allen Menschen in allen Ländern ein wohlhabendes und kulturelles Leben zu garantieren – das ist das grundlegende Ziel aller, die die Interessen der Werktätigen vertreten.

Wir bitten euch, den Werktätigen in Großbritannien unsere brüderlichen Arbeitergrüße zu übermitteln.

Bis zum nächsten Treffen.
 Mit Hochachtung“

(Unterzeichnet vom Vorsitzenden und fünf weiteren Mitgliedern des Komitees der städtischen Bediensteten)

Verkauft

Vor allem in den Kommunalwahlkämpfen in NRW und in Baden-Württemberg trafen die VORAN-Verkäufer viele Interessierte. In den Diskussionen wurde überzeugend dargelegt, daß Republikaner wählen keine Lösung ist, sondern daß es jetzt vielmehr darum geht, in und mit der SPD eine echte Alternative zum Reform-Abbau-Programm der Regierungskoalition zu kämpfen.



Jetzt erhältlich!

Die Video-Aufzeichnung der VORAN-Veranstaltung vom 16. April 1989

Preis: 20 DM, Ausleihgebühr: 10 DM
 zu bestellen bei der Redaktion VORAN, Hansaring 4, 5 Köln 1, Tel. 0221/134504

ihr da oben...

Sozialistisches Köln?

Viele Kölner wußten gar nicht, in was für einer Stadt sie lebten - bis sie durch das Kommunalwahlprogramm der Republikaner darüber aufgeklärt wurden.

In dieser Stadt gibt es eine „vom Sozialismus gelähmte Verwaltung“. Der Regierungspräsident ist ein „sozialistischer Großfürst“. Ganz schlimm steht es mit dem kulturellen Bereich: Das Schauspielhaus ist eine „linkspopulistische Agitationsbühne“, deshalb ist es die drängendste Aufgabe, dort „den Klassenkampf“ zu stoppen.

In der Volkshochschule wird „sozialistische Verdummung“ betrieb-

ben, vor allem im „Lagerfach Politik“. Nicht nur das Schauspiel, sondern auch die Kirchengemeinden rufen zum Klassenkampf auf. So werden z.B. in der evangelischen Kirche „die Worte des dialektischen Materialismus (sprich Marxismus)“ gepredigt.

Na, ein Glück, daß wir in dieser Lage die Republikaner haben: „Republikaner, damit der Frohsinn nicht vergeht!“

Ende der Geschichte

Die ideologische Offensive der Propagandisten der freien Marktwirtschaft treibt zuweilen merkwürdige Blüten. Francis Fukuyama, stellvertretender Abteilungsleiter für Projektplanung im US-Außenministerium versteigt sich in dem konservativen Magazin „National Interest“ zu folgender Behauptung: Am Ende dieses Jahrhunderts „ist der



Triumph des Westens, der westlichen Ideen vor allem daran abzulesen, daß es keine lebensfähigen Systemalternativen zum westlichen Liberalismus gibt. Was wir offensichtlich erleben, ist nicht nur das Ende des kalten Krieges oder einer bestimmten Periode der Nachkriegsgeschichte, sondern vielmehr das Ende der Geschichte schlechthin.“

Und weiter: „Zusammenfassend kann man sagen, der universale Staat wird politisch eine liberale Demokratie sein, kombiniert mit allen halb verfügbaren Videorekordern und Stereoanlagen.“

In Wahrheit bedeutet der westliche Liberalismus heute schon für die Massen in der „3. Welt“ das Ende ihrer Geschichte.



... wir hier unten

Anzeige

Sozialist

- * Zeitschrift marxistischer Sozialdemokraten/innen
- * erscheint 6 mal jährlich
- * für Jusos, Partei und Gewerkschaften
- * mit Beiträgen aus Politik, Wirtschaft und Kultur
- * Einzelheft 3,50 DM, Jahresabo 21,00 DM

Ich will abonnieren ein Probeheft

Name _____
 Straße _____
 Ort _____

an: SOVEC, Im Körbchen 10, 3400 Göttingen

Automobilindustrie

Konzerne rüsten für den Krieg

Weltweite Rekordgewinne in der Automobilindustrie - doch die ersten Anzeichen der kommenden Talfahrt sind schon zu erkennen. Die schon jetzt wachsende Wettbewerbsverschärfung wird vor allem auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen.

Weltweit bestehen derzeit schon 20% Überkapazitäten in der Fahrzeugproduktion, und alle führenden Automobilhersteller rechnen mit einem Rückgang der Nachfrage in den nächsten Jahren. Man bereitet sich allgemein auf einen sich verstärkenden Verdrängungswettbewerb vor. Gleichzeitig wird versucht, die Gewinnschwelle in den einzelnen Konzernen zu drücken. Der break-even-point ist bereits unter den Stand der siebziger Jahre gebracht worden, d.h. auch bei weniger verkauften Autos werden noch Gewinne erwirtschaftet.

In den USA wie in Europa heißt das Rezept Kostensenkung und Produktivitätssteigerung. Was Kostensenkung heißt, zeigt uns General Motors (GM). Bei gleichbleibendem Marktanteil ging die Zahl der Beschäftigten im Zeitraum von 1986 bis 1988 um 127.000 zurück.

Ziel ist es, Überkapazitäten abzubauen und die verbleibenden 100% zu nutzen. Daß dies auf Kosten der Arbeiter geschieht, zeigt ein einfacher Blick auf die Entwicklung der Gesundheits- und Pensionskosten von GM. Sie stiegen von 865 Mio. Dollar

dells noch weiter gesteigert werden. Das heißt schlicht und einfach: Intensivierung der Arbeit. Dabei soll Motivation die größere Rolle spielen als die Qualifikation. Die Arbeitsgruppe ist selbst dafür verantwortlich, notwendige Einzelteile vom Lager zu holen, die Werkzeuge zu warten und muß sich bei Bruch selbst verantworten. Qualitätsmängel werden mit Lohnabzug bestraft.

Wer denkt, Gruppenarbeit im Kapitalismus bedeutet mehr Freiraum oder sonstige Vorteile für die Arbeiter, sehe sich das Modell des Volvo-Werkes Uddevalla an. Die deutsch-schwedische Handelskammer stellt fest, „die Schweden“ (gemeint sind die Arbeiter bei Volvo) „orientieren sich in diesem Lebensbereich ebenfalls gern und freiwillig an den Wünschen

des Arbeitgebers“.

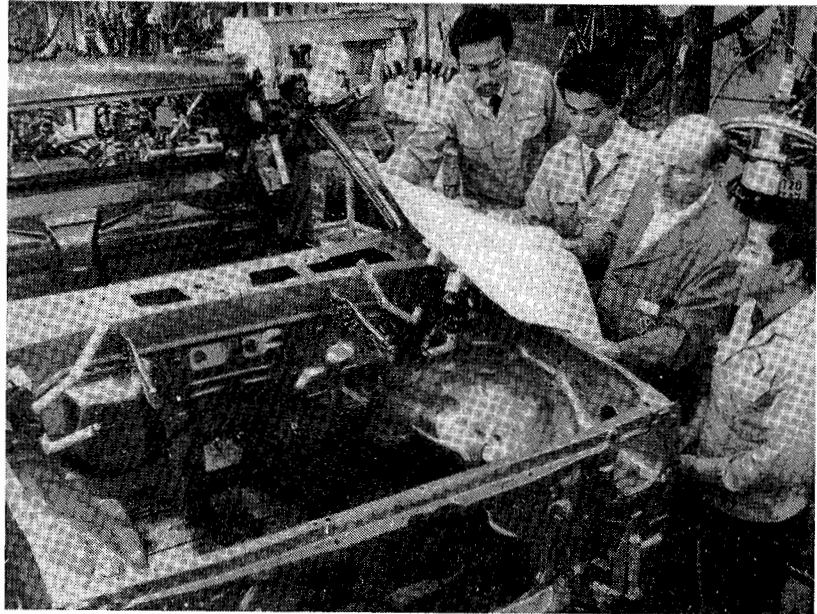
Weitere Angriffe (Flexibilisierung, Wochenendarbeit usw.) werden mit der Drohung der Verlegung der Arbeitsplätze ins Ausland geführt. All dies geschieht, um die Konkurrenzsituation der deutschen Automobilindustrie zu verbessern. Daimler-Chef Edzard Reuter wird da ganz offen: „Wir brauchen also eine Pause - eben einen Lohnstopp.“

Handelsschranken

Letzten Endes werden die Konzerne bei dem sich zuspitzenden Gerangel um Absatzmärkte auf ihre nationalen Regierungen zurückgreifen, um ihre Interessen (Binnenmärkte) zu schützen. Schon jetzt kündigt sich z.B. für die EG-Staaten eine weitere Zerreißprobe an. Frankreichs Industrieminister ist nicht bereit, die heimische Autoindustrie dem „Europa des freien Handels“ zu opfern. Er droht auch nach 1993 mit einem Alleingang Frankreichs in Sachen Importbeschränkungen für ausländische Kraftfahrzeuge. Und Fiat-Chef Cesare Romiti möchte selbst in Europa hergestellte japanische Wagen vom italienischen Markt fernhalten.

Auch die Japaner sehen, wie das japanische Industrieministerium feststellt, „eine Verschärfung der Spannungen zwischen Japan und den USA sowohl hinsichtlich der Investitionstätigkeit japanischer Firmen in den USA als auch im Außenhandel“. Die Herren der Konzernnetze ziehen in den Krieg. Und in den Schlachten sollen die Köpfe der Arbeiter rollen.

Oliver Schulz, Kassel, Jungsozialist



Japanische „Transplants“ (Produktionsstätten) in den USA: Der Konkurrenzdruck wird immer stärker.

In den USA (dem Land mit dem höchsten Motorisierungsgrad) gehen schon jetzt die Verkäufe zurück. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres wurden 400.000 weniger Autos im Vergleich zum Vorjahr abgesetzt. Die Gewinne der drei großen US-amerikanischen Konzerne sind dieses Jahr um eine Milliarde Dollar zurückgegangen. Auch die bundesrepublikanische Automobilindustrie, die 15% ihres Exportes in den USA absetzt, mußte erdrutschartige Verluste hinnehmen. Bei VW sind es ganze 30% in den ersten sechs Monaten dieses Jahres. Große Gewinner auf dem US-Markt sind die Japaner, die nicht wie ihre europäischen Konkurrenten unter dem niedrigen Dollarkurs zu leiden haben. Sie produzieren mit ihren „Transplants“ gleich in den USA und konnten ihren Absatz um 79.000 Stück erhöhen. Die USA ist schon jetzt das zweitgrößte Standbein der japanischen Autoindustrie. Zwischen 1988 und 1990 planen die Japaner fünf weitere Montagefabriken in den USA.

Kostensenkung

In den USA werden bereits die letzten Register gezogen. Doch auch die Konzerne in anderen Ländern rüsten sich für den großen Krieg ums Überle-

ben. In den USA wie in Europa heißt das Rezept Kostensenkung und Produktivitätssteigerung. Was Kostensenkung heißt, zeigt uns General Motors (GM). Bei gleichbleibendem Marktanteil ging die Zahl der Beschäftigten im Zeitraum von 1986 bis 1988 um 127.000 zurück.

Ziel ist es, Überkapazitäten abzubauen und die verbleibenden 100% zu nutzen. Daß dies auf Kosten der Arbeiter geschieht, zeigt ein einfacher Blick auf die Entwicklung der Gesundheits- und Pensionskosten von GM. Sie stiegen von 865 Mio. Dollar 1986 auf 1,1 Mrd. Dollar 1988. Auch in der BRD wird auf Arbeiterinteressen keine Rücksicht genommen, wenn es gilt, für den Kampf um Marktanteile „abzuspecken“. So hat VW allein in diesem Jahr 6000 Arbeitsplätze abgebaut - bei einem gleichzeitigen Anstieg des Profits um 30%! In der BRD werden nach Schätzungen in den nächsten Jahren 25.000 bis 30.000 Arbeitsplätze abgebaut. All dies sind „nur“ die Zahlen für die in der Autoindustrie Beschäftigten. Vor dem Hintergrund, daß die Konzerne zunehmend ihren Eigenanteil an der Fertigung senken, um andere Produktteile kostengünstiger und flexibler bei Zulieferern fertigen zu lassen, ist klar, daß es nicht bei diesen 30.000 bleibt. Vor allem lassen alle Prognosen außer acht, welche verstärkende Wirkung die nächste Rezession auf die allgemeine Talfahrt der Autoindustrie haben wird.

Gruppenarbeit

Der Druck auf die, die ihren Arbeitsplatz behalten, wird durch Rationalisierungsmaßnahmen immer größer. Von 1982 bis 1987 ist der Umsatz pro Mitarbeiter in der europäischen Autoindustrie um 85% gestiegen. Die Produktivität soll in Zukunft durch Einführung des Gruppenarbeitsmo-

des von der jetzt die Rede ist, war schon vorher bekannt. Es wurde vereinbart, daß das keine Entlassungen zur Folge hat. Alle Kollegen sollen in andere Filialen übernommen werden, die Fahrtkosten werden vom Unternehmen erstattet. Das Sanierungsprogramm kommt also jetzt zum Tragen. Sehr viel kann ich dazu jetzt noch nicht sagen, denn die Information darüber, was im Detail geplant ist, ist gegenüber den Betriebsräten zurückgestellt.

Es könnte durchaus zu Problemen kommen, besonders in den dünnbesiedelten Gebieten. Die Unternehmensleitung wird versuchen, da die unrentablen Filialen zu verkaufen. Aber wer würde schon was kaufen, was sich nicht lohnt? Und wenn da dann Kollegen entlassen werden, wird es schwierig für sie, in anderen Filialen Arbeitsplätze zu finden, die in der Nähe sind.“

IG-Metall-Gewerkschaftstag

„Wir müssen wieder in die Offensive gehen!“

Vom 22. bis zum 28. Oktober findet der Gewerkschaftstag der IG-Metall statt. Seit dem letzten Gewerkschaftstag sind drei Jahre vergangen. Innerhalb dieses Zeitraums erlebten wir in Rheinhausen den zweifellos wichtigsten Arbeitskampf der letzten Jahre. Wie ist dort die Stimmung der Kollegen? Welche Lehren werden aus dem Arbeitskampf gezogen? Wird das Auswirkungen auf den Gewerkschaftstag haben?

Barbara Kirschbaum sprach mit Dieter Kalthoff, Mitglied der Vertrauenskörperleitung bei Krupp-Rheinhausen.

„Das Verfahren auf Gewerkschaftstagen ist etwas kompliziert. Man kann nicht einfach aufstehen und sagen, was man will. Man muß erst Rede-recht beantragen oder man muß vorher Anträge formulieren. Auch das Auswahlverfahren der Delegierten ist für mich undurchsichtig. Wir haben aber versucht, rechtzeitig dafür zu sorgen, daß unsere Vertreter die Stimmung richtig wiedergeben.“

Meiner persönlichen Meinung nach sollten unsere Vertreter auf dem Gewerkschaftstag sagen, wie es wirklich war. Und da sieht es für die SPD- und die IG-Metall-Spitze nicht gut aus. Einige Kollegen haben noch ganz schöne Wut im Bauch. Die Lehren aus Rheinhausen müssen gezogen werden. Die IG-Metall hat eine Reihe von Fehlern gemacht, die sollten offen eingestanden werden. Wir müssen daraus für die Zukunft lernen. Es wird noch viel härtere Konflikte geben, nicht nur im Stahlbereich, sondern auch in anderen Bereichen der Metallindustrie.

Entscheidungen transparenter machen

Die IG-Metall muß Entscheidungen und Gründe für bestimmte Verhaltensweisen transparenter machen. Der kleine Mann vor Ort sieht gar nicht mehr: Wie steht denn die IG Metall hinter mir? Dies gilt sowohl überörtlich als auch für die IG Metall vor Ort. Zum Beispiel hätte die Gewerkschaft die Führung der Bewegung übernehmen sollen und dies nicht dem Bürgerkomitee oder der Kirche überlassen dürfen.

Allerdings habe ich den Eindruck,



Arbeitskampf in Rheinhausen: Die Lehren aus dem Kampf müssen auch auf dem IG-Metall-Gewerkschaftstag gezogen werden.

daß die IG Metall-Spitze sich eher als „Repräsentant der politischen Mitte“ darstellen will. Das zeigt sich auch an den Vorgängen um die Kandidatur Otto Königs, Bevollmächtigter der IG Metall in Hattingen, zum Bezirksleiter im Bezirk Wuppertal. (Die Bezirkskommission hatte ihn mit 4:1 Stimmen dem Vorstand vorgeschlagen. Er wurde auch von der großen Mehrheit der Verwaltungsstellen gestützt. Aber der geschäftsführende Vorstand entschied sich gegen König. Statt seiner wurde der im Bezirk unterlegene Kandidat Norbert Wrobel dem IG Metall-Vorstand vorgeschlagen und auch gewählt. - Anm. d. Red.)

Ich setze schon Hoffnungen in den Gewerkschaftstag. Wir müssen etwas

Friedenspflicht ist. So ist die Sonderzahlung von 450 DM, die jetzt bei Thyssen mit dem Betriebsrat vereinbart worden ist, eindeutig eine Spaltungstaktik der Unternehmen. Vom Vertrauensleutkörper Duisburg wird auf dem Gewerkschaftstag der Antrag auf eine gemeinsame Nachschlagsforderung gestellt werden. In einer ähnlichen Situation, in der auch lange Tariflaufzeit vereinbart war, hat sich ja 1969 eine große spontane Streikbewegung entzündet. Noch ist die Lage nicht wie 1969. Es gibt zwar eine Menge Ärger in den Betrieben, aber es fehlt die Führung.

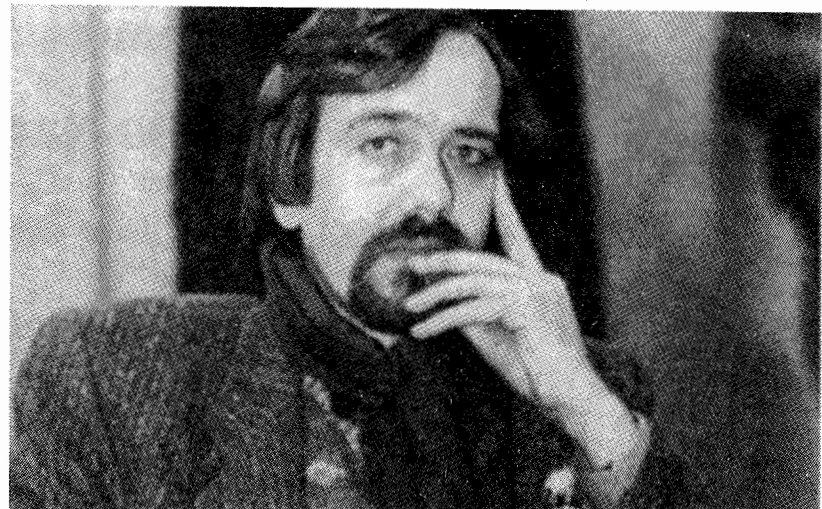
Ich glaube nicht, daß diesmal die Bewegung von Rheinhausen ausgehen wird. Eventuell könnte Thyssen diesmal die Vorreiterrolle spielen. In Rheinhausen geht es jetzt erstmal darum, die Verluste wettzumachen. Drei Stimmungen herrschen vor: Die meisten Kollegen denken jetzt nur daran, schnell einen Arbeitsplatz bei Mannesmann zu kriegen. Andere sagen: der Stilllegungsbeschuß muß weg, aber sie bieten keine Lösung. Eine kleine Gruppe sagt: Jetzt oder nie müssen wir was tun. Auch bei dem Kampf um die volle Durchsetzung der 35-Stunden-Woche, der ja im Frühjahr ansteht, wird meines Erachtens nicht der Stahlbereich die Vorreiterrolle haben, sondern eher die metallverarbeitende Industrie. Nach Untersuchungen des Ifo-Instituts wird die Automobilkonjunktur noch anderthalb bis zwei Jahre anhalten. Da kann man gut ansetzen. Ich glaube also eher, daß Baden-Württemberg den Anfang der Bewegung darstellen könnte.“

Co-op gerettet?

Mitte September stand das Schicksal des Co-op-Konzerns mit 46.000 Beschäftigten auf der Kippe. Aufgrund des Drucks der 140 Gläubigerbanken des mit 2,6 Mrd. DM Schulden belasteten Unternehmens wurde der Vergleich angemeldet. Nach aufregenden Tagen sieht es jetzt so aus, als sei das Schlimmste noch einmal verhindert worden.

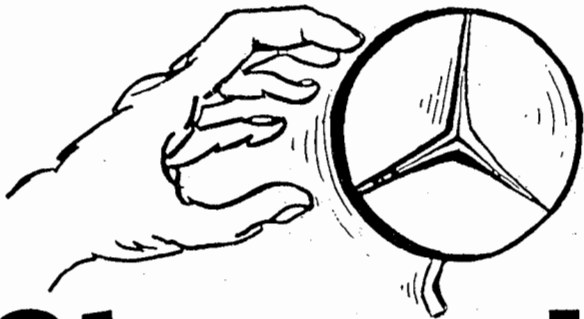
Die Betriebsrätin Liane Prion aus Köln berichtet über die Lage.

„Die Informationen über den Ernst der Lage kamen sehr überraschend für uns. Wir haben sofort alle Mitarbeiter informiert, und die Gewerkschaften HBV und NGG hielten uns ständig auf dem Laufenden. Von Streik war von Gewerkschaftsseite nie die Rede. Die Kunden sind uns fast die Bude eingerannt. Viele waren anscheinend der Meinung, daß man gerade Co-op in der Stunde der Not beistehen muß. Die Schließung von 200 Filialen,



Otto König, Bevollmächtigter der IG-Metall in Hattingen: Kein Platz für kritische Gewerkschafter in der Bezirksleitung?

Greift nach den Sternen!



Eine sozialistische Kommunalpolitik für Stuttgart

Am 22. Oktober sind Kommunalwahlen in Baden-Württemberg - dem einzigen Bundesland, in dem die CDU noch eine absolute Mehrheit hat. Stuttgart ist die letzte Großstadt mit über 500.000 Einwohnern, in der die CDU die Regierung führt.

Eine Niederlage der CDU wäre der Auftakt für den Sturz der Bonner Kohl-Regierung bei der bevorstehenden Bundestagswahl. Der Wahltag muß für die Rechtsparteien zu einem schwarzen Tag werden. Deshalb brauchen wir eine SPD-Mehrheit im nächsten Stuttgarter Gemeinderat.

Stuttgart ist eine der reichsten Städte in der BRD und hat bundesweit den höchsten Beschäftigungsstand. Aber das ist kein Trost für diejenigen, die schon heute arbeitslos sind. Jeder Arbeitslose ist einer zuviel. Während Gewerbesteuern für Konzerne wie Bosch und Daimler gedrückt werden, kommt es Jahr für Jahr zu Erhöhungen von Gebühren und Fahrpreisen.

Auch in Stuttgart gibt es Pflegenotstand. Ganze Stationen müssen in Krankenhäusern geschlossen werden. Und nach den Plänen des Bürgerblocks im Rathaus sollen in Stuttgarter Kliniken keine Schwangerschaftsabbrüche nach sozialer Indikation möglich sein.

Kein m² den Spekulanten!

Neben Frankfurt und München hat Stuttgart die größte Wohnungsnot: 10.000 Wohnungssuchende sind beim Amt für Wohnungswesen gemeldet, 4300 davon stehen in der Notfallkartei. Für Studenten werden Zirkuswagen als Notunterkünfte aufgestellt. Laut Volkszählung gibt es in Stuttgart für 283.561 Haushalte nur 269.965

Wohnungen. Gibt es Maßnahmen dagegen? Im Gegenteil: 1500 Mietwohnungen werden jedes Jahr in Eigentumswohnungen umgewandelt. Wohnhäuser weichen Prestigeprojekten: Für die internationale Gartenbauausstellung 1993 sollen fünf Wohnhäuser abgerissen werden.

Beim Kraftfahrzeugaufkommen steht Stuttgart an dritter Stelle nach Düsseldorf und Frankfurt. Stuttgart warb mit dem Slogan „Großstadt zwischen Wald und Reben“. Wenn es so weitergeht mit der Luftverschmutzung muß es bald heißen „Großstadt zwischen Würgen und Kotzen“.

Reichtum? Nicht für uns!

Stuttgart ist eine der reichsten Städte - aber nur, weil es ein paar der reichsten Konzerne und Konzernbosse hat. Diese Unternehmer haben noch nie so hohe Profite gemacht wie in den letzten Jahren. Trotzdem wird kaum investiert. Sie ziehen es vor, Firmen aufzukaufen, Geld ins Ausland zu schaffen und zu spekulieren. Und das im Aufschwung - wie sind erst die Perspektiven für die nächste Krise?

Von 800.000 Arbeitsplätzen in der westdeutschen Autoindustrie sind 1/4 in Baden-Württemberg. Die Krise bedeutet verschärfte Konkurrenz. Schon heute gibt es in dieser Branche weltweit 20% Überkapazitäten. Was bei Kohle, Stahl und Werften passiert ist, droht morgen in der Autoindustrie. Arbeitslosigkeit und somit steigende Sozialhilfeempfänger werden sich direkt auf die Finanzen der Stadt auswirken. Dabei ist Stuttgart bereits mit 1,328 Mrd. DM verschuldet. Die IG Metall spricht in einer Studie schon vom „Liverpool der neunziger Jahre“.

Eigenständiger Juso-Wahlkampf

Zum ersten Mal seit Anfang der 70er Jahre führen die Stuttgarter Jungsozialisten wieder einen eigenständigen Wahlkampf. Wir treten mit drei Kandidaten auf der SPD-Liste an. Zu den Schwerpunkten Wohnen, Frauen und Umwelt haben wir The-

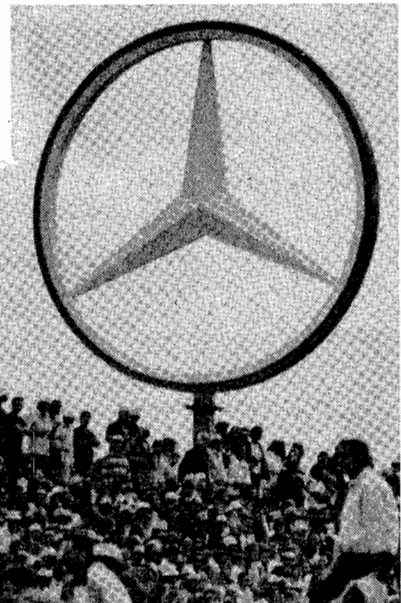
menflugblätter und Veranstaltungen gemacht. Höhepunkt ist die Großveranstaltung „Mit Power gegen Rechts“ in der heißen Phase des Wahlkampfes. Im SPD-Programm haben wir in den Bereichen Wohnen und Umwelt unsere weitergehenden Forderungen durchgesetzt.

Die Stuttgarter Jungsozialisten kämpfen für eine SPD-Mehrheit. Gleichzeitig fordern wir eine grundsätzlich andere Politik. Denn die SPD-Gemeinderatsfraktion tritt nicht als echte Opposition gegen den rechten Bürgerblock auf. SPD-Bürgermeister stoßen ihre Basis vor den Kopf, indem sie sich zu ausführenden Organen der bürgerlichen Politik machen.

In Stuttgart gibt es die Chance, die CDU-Mehrheit zu brechen. Nötig ist dazu eine SPD mit einer sozialistischen Politik. Sozialistische Politik -

was heißt das? Das heißt kompromißloser Einsatz für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung und der Jugend.

Die Kommunen haben einen engen finanziellen Spielraum. Doch die SPD muß fragen, was nötig, nicht was unter angeblichen „Sachzwängen“ möglich ist. Die SPD-Fraktionen in den Rathäusern haben jede Erpressung durch Bund, Land oder Kapital an die Öffentlichkeit zu bringen und die Bevölkerung dagegen zu mobilisieren. Stuttgart muß für die SPD in diesem Kampf zu einem weiteren Stützpunkt werden.



„Reiches“ Stuttgart: Während die Gewerbesteuern für Konzerne wie Daimler gedrückt werden, wird für die Bevölkerung der Stadt Jahr für Jahr die Gebühren und Fahrpreise erhöht.

Olympische Spiele Wir sind die Verlierer

„Wenn die Spiele weiter in diesem Ausmaße wachsen“, so Hans-Jochen Vogel 1972 als damaliger Münchener Oberbürgermeister, „dann wird sich bald keine Stadt mehr darum bewerben.“ Doch 17 Jahre nach München wollen gleich fünf westdeutsche Städte die Olympia 2004, egal wie: Stuttgart, Berlin, Frankfurt, Hamburg und Duisburg (fürs Ruhrgebiet).

Olympia bedeutet heute für eine Stadt und für eine ganze Region Milliardenaufwand und Imagepflege, 16 Jahre Vorbereitung für ein 16tägiges Spektakel. Kindergärten und Altenheime, Schulen und Krankenhäuser - nichts zählt mehr, alle Vorhaben ordnen sich diesem Großprojekt unter. Es gibt nur noch eine Norm, die olympische, nur noch ein Argument, die Olympiade.

In Seoul wurden entlang der Straße zum Olympiastadion 159 Häuser abgerissen. 100.000 Menschen verloren ersatzlos ihr Dach über dem Kopf. In Barcelona läuft wegen der Olympiade 1992 die „größte urbanistische Operation“ (so der dortige Pressesprecher), seit dem Abriß der Stadtmauer vor 150 Jahren. In Montreal haben die Spiele 1973 eine ganze Stadt bankrott gemacht. Auch für die Olympischen Spiele 1972 in München hatte sich der Finanzplan um 300% erhöht. Im Gegensatz zum Schlußbericht der Bundesregierung stellte der Rechnungshof fest, daß der Bund nicht 312 Millio-

nen, sondern 1,3 Milliarden Mark finanzieren mußte.

In Frankfurt fehlt für Großveranstaltungen eine geeignete Halle. Die Markthalle soll zu einem Veranstaltungszentrum („Astrodom“) umgebaut werden. Dabei betrug die Pro-Kopf-Verschuldung Ende 1986 6138 DM. Im Ruhrgebiet mußten Gemeinden schon einen illegalen Haushalt vorlegen.

Stuttgart ist im Vergleich dazu noch reich. Trotzdem werden in Schulen wegen Geldmangel nicht genug Sportlehrer eingestellt. Schwimmunterricht fällt aus, weil Stadtbäder fehlen. Für

die Vermittlung einer Wohnung werden schon 5000 DM Belohnung geboten. Für die Olympiade würden weitere Wohnhäuser abgerissen, um Platz für Straßenbau zu machen.

Profisport ist Profitsport. Nur die Vermarktung zählt. Mit Wettspielen hat Olympia immer weniger, mit Mac Donalds und Adidas umso mehr zu tun. Unsere Sportkultur muß Gegenkultur sein gegen bürgerlichen Kommerz. Nötig ist eine Rückbesinnung auf die Tradition des Arbeitersports.

Die Jungsozialisten - in Stuttgart, Berlin, Frankfurt, Hamburg und im Ruhrgebiet - müssen in der SPD eine Kampagne gegen die Olympia-Bewerbung starten.

Aron Amm, Stuttgart, Jungsozialist

Dafür kämpft VORAN



- Sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, als ein Schritt zur weiteren Arbeitszeitverkürzung und Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle.
- Drastische Kürzungen der Militärausgaben.
- Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie, verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. Ersatzarbeitsplatzgarantie für die Beschäftigten.
- Garantierter Mindestlohn von 1500 DM für alle. Einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung.
- Rücknahme aller Kürzungen und ein staatliches Programm zur Förderung des Wohnungsbaus, der Gesundheitsfürsorge, der Bildung...
- Volles Wahlrecht auf allen Ebenen für alle in der BRD lebenden Menschen.
- Keine Unterordnung der SPD-regierten Städte, Landkreise und Länder unter die Zwänge der von der Bundesregierung vorgegebenen Spar- und Steuerpolitik. Stattdessen gemeinsamer Widerstand mit den Gewerkschaften gegen Kohl und Kapital.
- Verstaatlichung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle. Demokratische Verwaltung der verstaatlichten Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter (z.B. je 1/3 Vertreter der Belegschaft, der Gewerkschaft und des Staates), die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.
- Für eine SPD-Alleinregierung im Bund, die die Arbeiterbewegung zur Durchsetzung eines solchen sozialistischen Programms mobilisiert.



Ich möchte VORAN

unterstützen und bitte um weitere Informationen

Name
.....
Anschrift
.....
Telefon
.....
Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 0221 / 134504



Ich möchte

- VORAN abonnieren, 6 Ausgaben zu 9,60 DM
- VORAN weiterverkaufen und bestelle Exemplare (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
- ein VORAN-Förderabo zu DM beziehen (ab 20 DM)

Name, Anschrift, Telefon
.....
Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1
Postscheckamt Essen, Bankleitzahl 360 100 43, Konto-Nr. 2500 59-430